

INTERIM

auswärts
2,50 DM

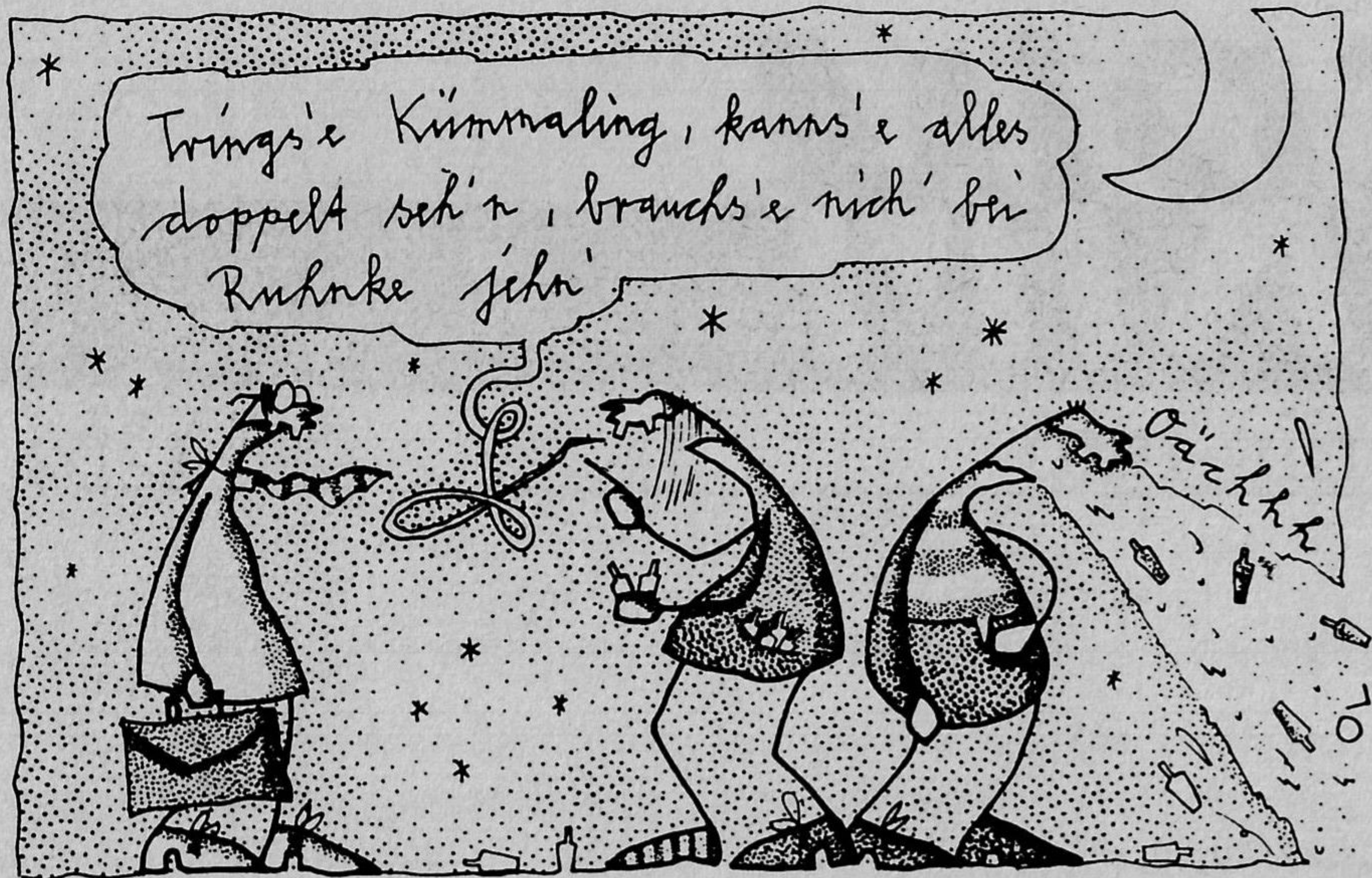
Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Äh, hallo, ich bin der Jürgen... ich bin also äh, haha, alter
Achtundsechziger und ich wollte... also wegen Rostock und so...
ich will sagen, äh, also alles in allem... daß ich ich also schon
irgendwo froh bin, daß es euch gibt, ahem!





Sind's die Augen, geh bei Ruhnke

Inhalt:

- S.3 VS
- S.5 Halbe Demo
- S.6 7.11. Demo
- S.7 Ernüchterndes Festival
- S.8 Lebenslänglich für Antifaschisten
- S.13 Italien
- S.17 RAF-Debatte
- S.26 Interview
- S.30 Termine

**DIE EVOLUTION
DES BECHERJOGHURTS**

Ordner:

- Gruppe K
- Erklärung von Christian
- Radiostörung
- Zitate aus ND
- Immer mit der Ruhe
- BP

An alle Leute, die an einer Klage wegen des Münchner Kessels interessiert sind: es gibt einen Rundbrief aus München, der ausführlichst den aktuellen Stand wiedergibt. Den könnt ihr euch Dienstags im E.A. abholen (20- 22 Uhr). Das ist auch für alle Leute wichtig die beim ersten Treffen in München wieder klagen wollten, da sich die Situation dabei waren und klagen wollten. Ansonsten findet am 20. 10. ein weiteres geändert hat!! bis dem hoffentlich mehr Leute da sind. Treffen statt 20. 10. um 22.00 im blauen Salon E.A.

Liebe Freundin, lieber Freund, liebes Kind,

Wir bemühen uns, eine ZEITSCHRIFT zu machen..

WER SIND WIR?

Wir sind einige Freunde und Freundinnen aus ziemlich unterschiedlichen Kontinenten und Ländern. Vielleicht willst Du auch dazu gehören.

Du und Er und Sie und Es sind herzlich eingeladen. Überlege, phantasiere, entwickle Ideen, ab jetzt, schnell! Wenn Du nicht so richtig überzeugt oder einverstanden bist, macht das nichts. Auf jeden Fall erwartet Dich ein hervorragendes Frühstück am Samstag, den 10. Oktober 92 ab 10 Uhr in Café GRENZENLOS in BAZ, Oranienstr. 159, 1/61.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Dieses chloorgebleichte Papier ist durch keinerlei Altpapierbeimischungen verunreinigt.

Erklärung

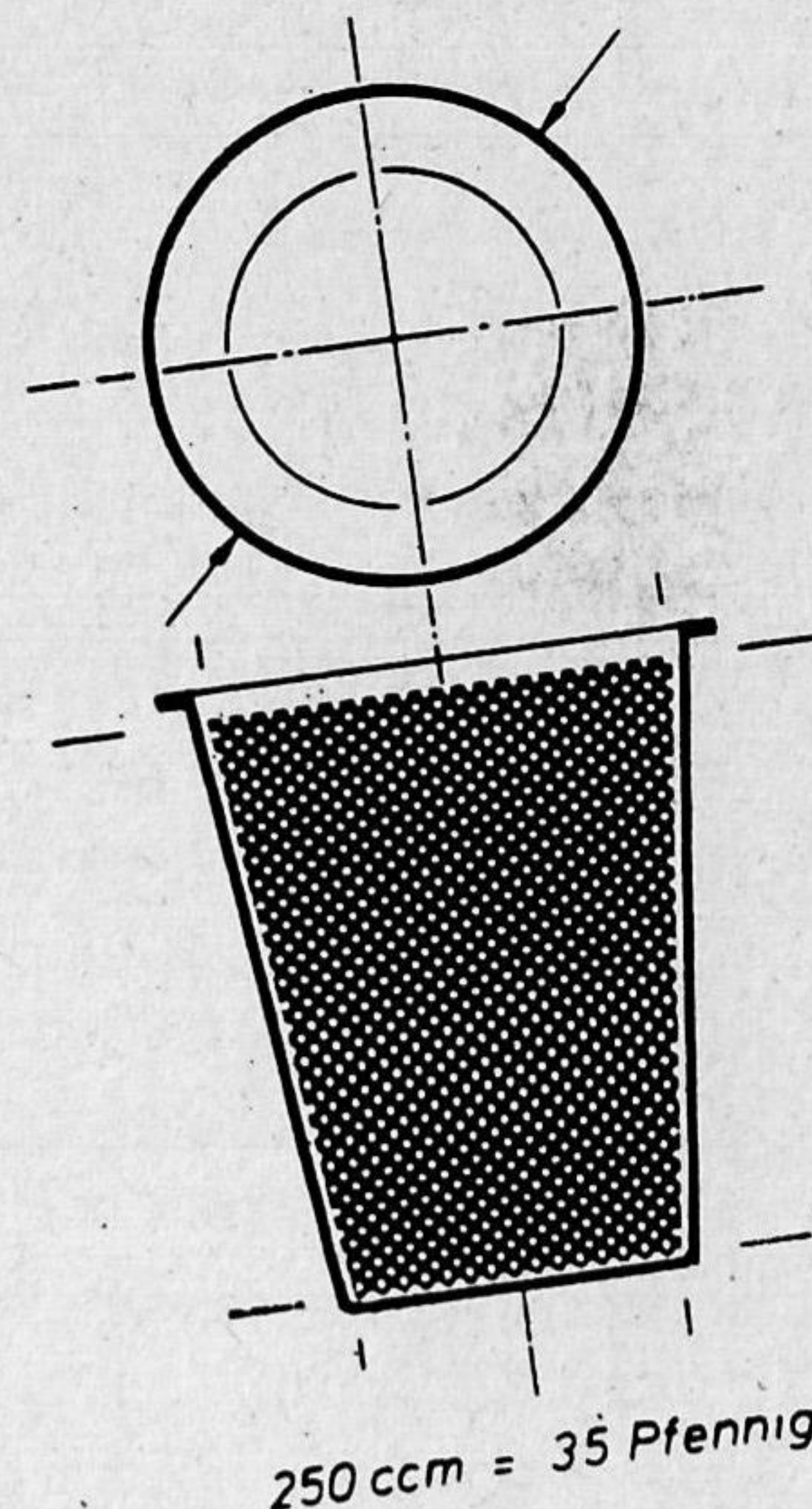
Wir haben in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober die Firma Cadmap in der Schwedter Str. 263 besucht. Cadmap ist mit für die Planung von Olympia 2000 zuständig. Wer mit den Olympischen Ringen spielt, verbrennt sich leicht die Finger.

Dank des Gerüsts an dem Fabrikgebäude gelangten wir in die Räume und schütteten etliche Liter Benzin über die Computer. Zeitzündertaten dann das ihre.

Kein Elitedenken, kein Leistungs- und Konsumterror, keine auf Kommerz und Profit ausgerichtete Stadtplanung.

Wir wollen keine Olympiade - weder in Berlin noch sonstwo.

Autonome Gruppe



Aktion gegen Umstrukturierung im Prenzelberg

in der nacht vom 5. zum 6.10. haben wir von folgenden läden die schlösser verklebt.:

JETZT :

Deutsche Bank, Prenzl. Allee Cafe Mosaik

VORHER :

Dresdener Bank, Prenzl. / Raumerstr. Schusterladen

Sex-Shop, Stargarder 79 / Kurzwaren

Penny-Markt, S-Bahn Prenzl. Allee / HO-Kaufhaus

Schönh. allee, Wegert / "Hörfunksalon"

Photo Porst, Eberswalderstr. / Eisladen

Mc Paper, Kastanienallee / Teppichladen (HO)

Wegert, Prenzl. Allee / Foto-, Radioladen (Einzelhandel)

Spielsalon, Schönh. Allee 68 / W-Cafe

Diese läden sind verursacher und nutznießler einer gewerbemietenentwicklung, die immer mehr kleine betriebe kapputmacht. sie zerstören unsere kiezstrukturen und sollen den kiez für besserverdienende passend machen.

Wir finden es daher auch richtig "diesen läden das leben in unserem stadtteil so sauer wie möglich zu machen" (aus der erklärung "Autonome zum 1. MAI")

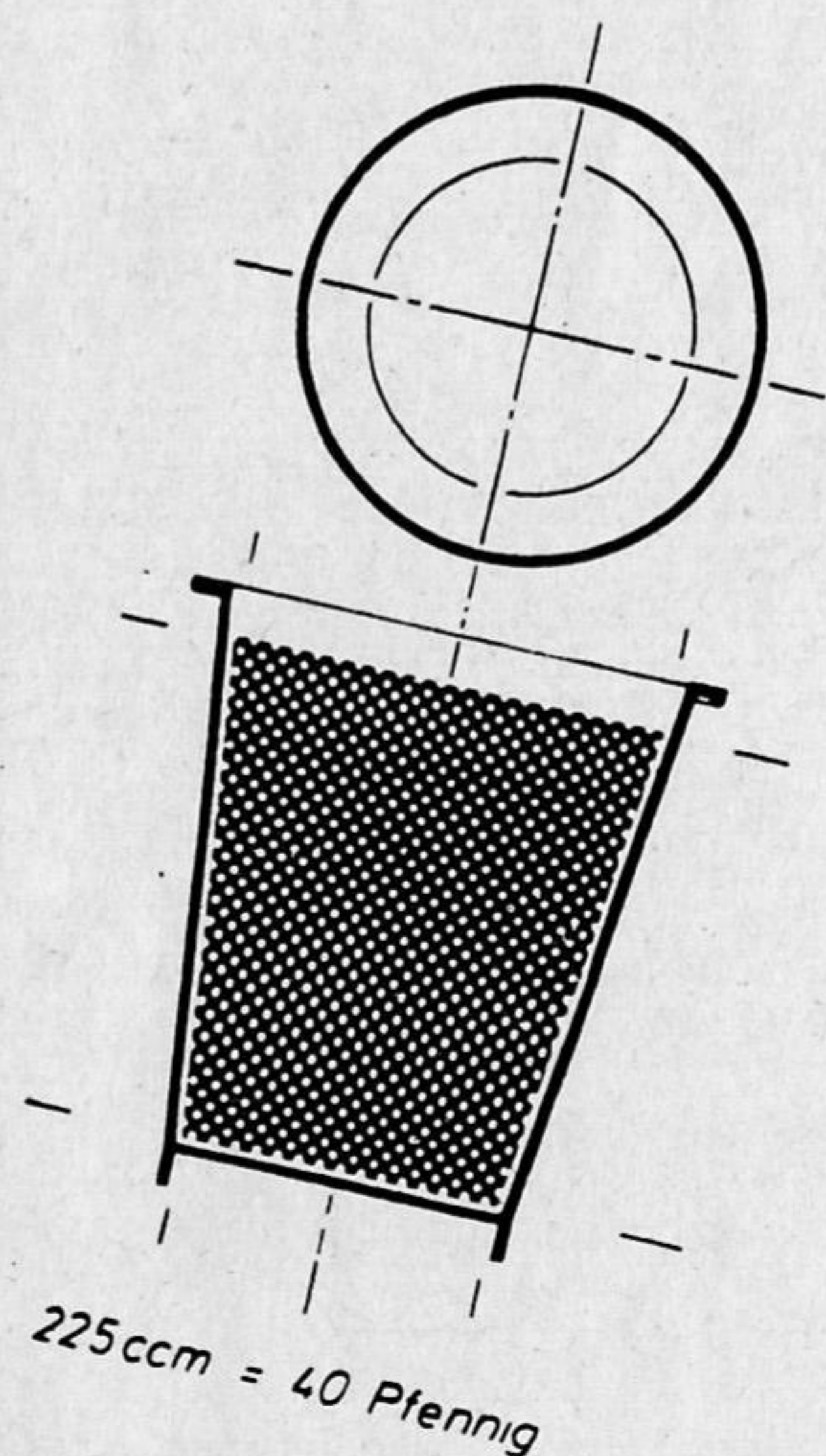
Gerade jetzt ist es wichtig unseren protest in konkrete widerstandsaktionen fließen zu lassen,

AKTIONEN, die die RICHTIGEN TREFFEN !!!!!

WIR BLEIBEN ALLE !!!!!

P.S.: Unsere aktion ist natürlich nicht gegen die mitarbeiterInnen der filialien, ketten....gerichtet. Im gegenteil ; wir hoffen ihnen dadurch die möglichkeit gegeben zu haben, erstmal in ruhe zu frühstücken!!

GUTEN APPETIT !!!!!



PRESSEERKLÄRUNG

Wir, Flüchtlinge aus der Türkei, Bulgarien, Rumänien und Bosnien-Herzegowina, wenden uns hiermit gegen die zwangsweise Verlegung unserer Unterkunft aus Eberswalde in ein uns unbekanntes Lager im Wald außerhalb der Stadt. Wir werden uns weigern, dem für Anfang der Woche geplanten Transfer zuzustimmen, solange uns die zuständigen Behörden und Politiker weder über die dort getroffenen Vorkehrungen für unsere Sicherheit, für unsere Gesundheitsversorgung, für den Schulbesuch unserer Kinder, Transportmöglichkeiten und eine menschenwürdige Behandlung Auskunft geben können. Uns ist bekannt geworden, daß die geplante Unterbringung im Wald über 3 km vom nächsten Dorf (ohne Polizeidienststelle und eine Arztpraxis) entfernt sein soll.

Zur Zeit leben in der Unterkunft für Asylbewerber in der Spechthausener Straße/Eberswalde circa 200 Flüchtlinge, darunter 20 kleine Kinder und sechs schwangere Frauen, die auf eine Entscheidung ihres Asylverfahrens warten.

Fünf Bombendrohungen und mehrere nächtliche Evakuierungen alleine in den letzten zwei Wochen haben das Leben für alle Heimbewohner zur Hölle gemacht. Wir fühlen uns auch in Eberswalde vor Angriffen nicht sicher, sind jedoch nicht länger bereit, uns der Willkür der Behörden und weiteren Schikanen zu unterwerfen.

Wir fordern: Ein sofortiges Gespräch mit den zuständigen Politikern und Verwaltungsvertretern Vorkehrungen für unsere Sicherheit und eine menschenwürdige Unterbringung und Behandlung

Wir laden die Medienvertreter dazu ein, unsere Forderungen mit ihrer Anwesenheit am Montag, den 5.10.92 um 8.00 Uhr, in der Unterkunft für Asylbewerber in der Spechthausener Straße in Eberswalde zu unterstützen. (Wir erwarten für Montagmorgen den zwangsweisen Abtransport aller Flüchtlinge und wollen vor Ort über die Situation informieren.)

*BewohnerInnen des Flüchtlingsheims in Eberswalde
c/o Antirassistische Initiative e.V. Berlin*

SchWERin mit IHM

war lange nicht das, was ES hätte sein können. ER hat Angst vorm schwarzen Mann - und SIE zögern.

ES bekämpfen ! SIE entlarven !

Ein Pfälzer Saumagen wiegt zwar schwer, aber mit kräftigen Schlägen können WIR uns davon überzeugen, daß SEIN Gürtel noch viel enger geschnallt werden kann.

IHM die Magengrube vertiefen !

Während sich die Schweine vermummten, haben WIR MaskERade gespielt. SIE haben zugesehen und Schwein gehabt.

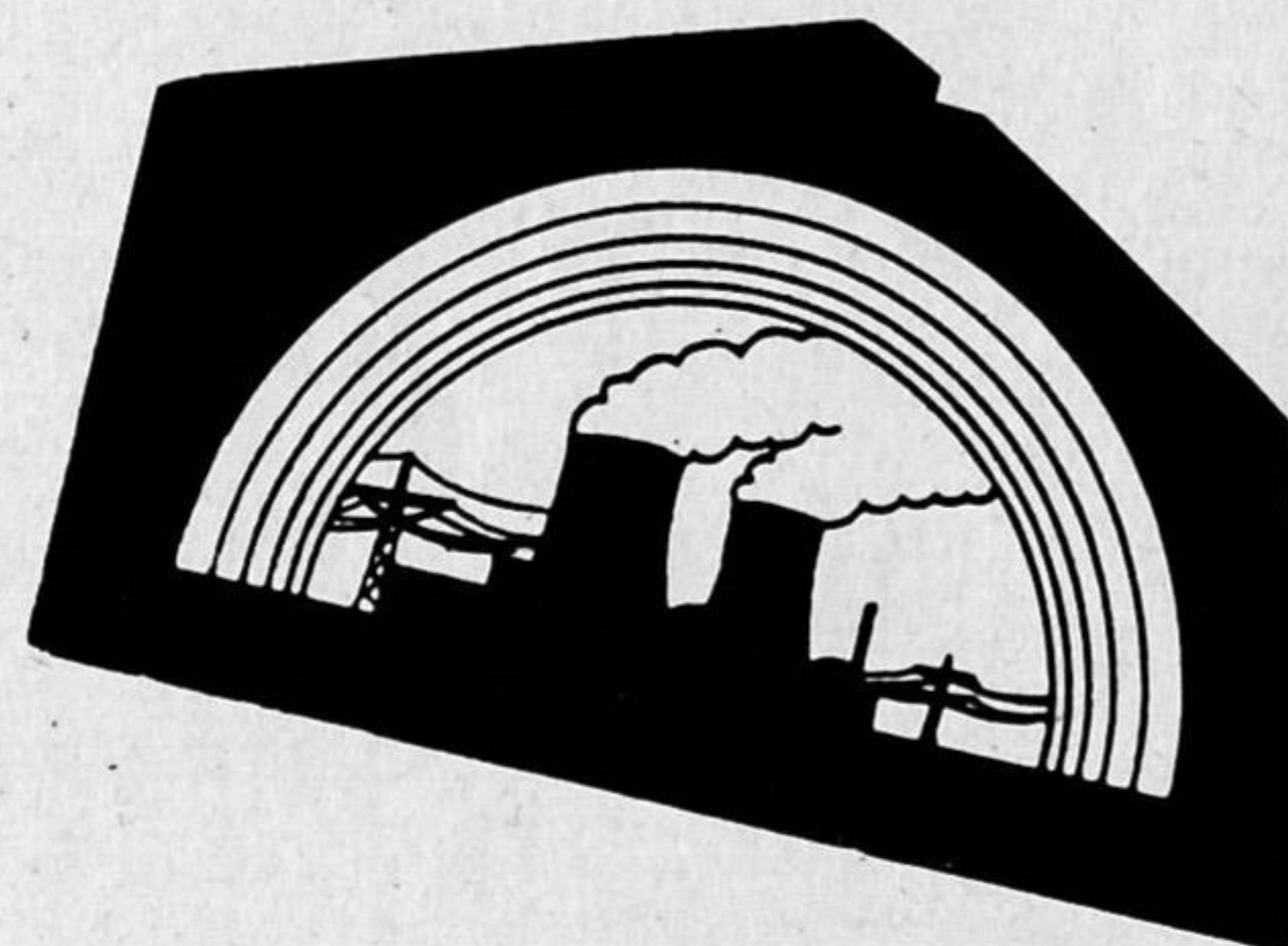
DIE Schweineherde ins Schlachthaus treiben ! IHM zuliebe noch viel öfter MaskERaden inszenieren !

ERgebenst wartete der schwarze Mann vor der Kirche. ER kam, sah und taumelte.

ERgebenst danken ! IHN noch viel mehr sehen und spüren lassen !

SEIN REICH WIRD NICHT KOMMEN !

gegen SIE, IHN und ES !



ERgebenst
Kommando ER und die ANDEREN
Okt' 92

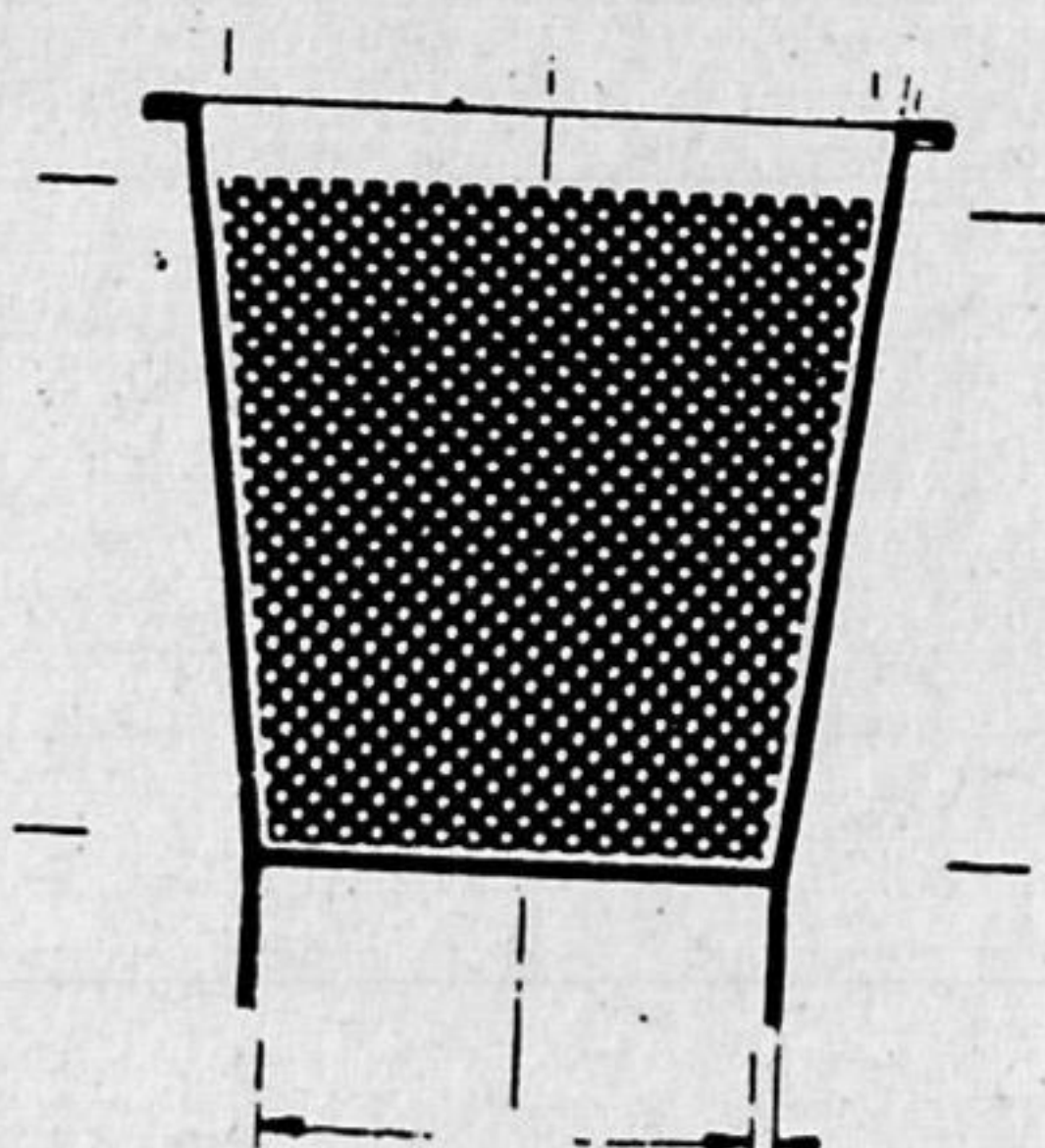
Hallo Antifas,

am 5. Juli 1992 gründeten in Paderborn frühere Mitglieder der "Republikaner", der "Deutschen Liga", und des inzwischen aufgelösten "Dachverbandes Deutscher Interessen" den Landesverband NRW der Partei "Die Demokraten". Es sprachen u.a. Albert Lämmel, Heiko Kühne aus Leipzig ("Einheit jetzt") und Hagen Palleske. Die Partei drängt auf eine Listenverbindung der Rechten zu den nächsten Bundestagswahlen, glaubt aber nicht, daß eine solche zustande kommt.

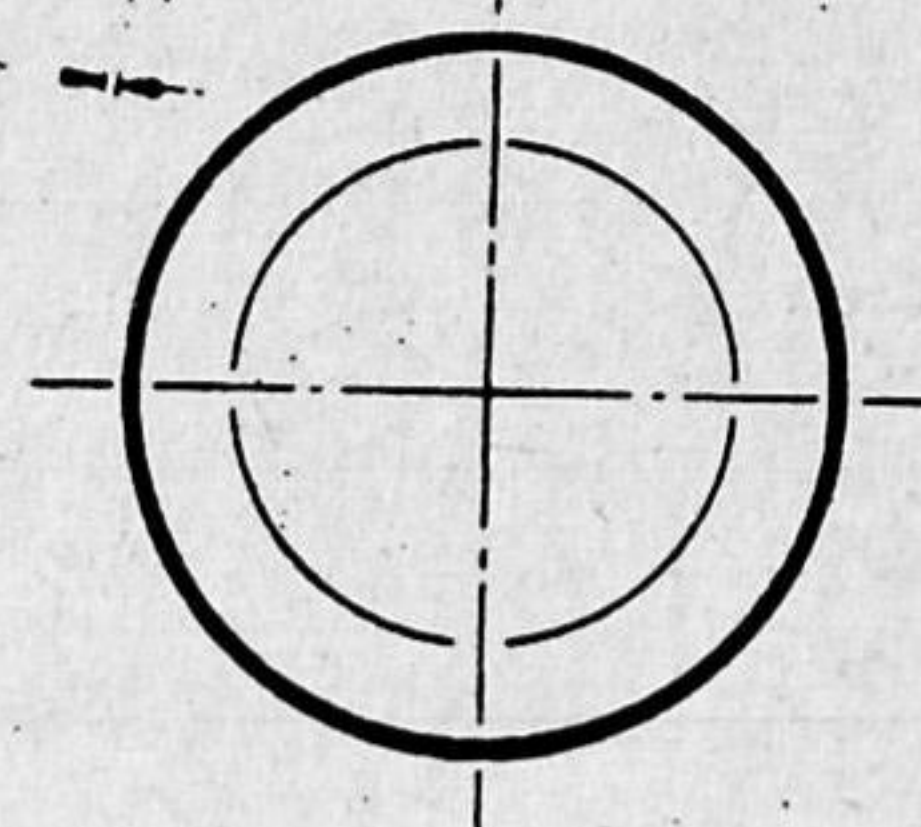
Wer hat Infos zu den beteiligten Personen oder zur Partei "Die Demokraten".

Kontakt:

Antifa Do.-Nord
c/o Taranta Babu
Humboldtstr. 44
4600 Dortmund 1



200 ccm = 45 Pfennig



Mit Traditionen brechen – Aufmarsch verhindern

Kundgebung gegen das militaristisch-faschistische Spektakel in Halbe

Vom 24. April bis 1. Mai 1945 fand im Raum Halbe bei Berlin die letzte große Kesselschlacht des 2. Weltkrieges statt. In dem Kessel kämpften 200.000 deutsche Soldaten einen aussichtslosen Kampf, den 60.000 mit dem Leben bezahlten. Im Jahr 19... errichtete der damalige Pfarrer von Halbe eine Gedenkstätte auf dem örtlichen Friedhof. Diese wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht und später von den staatlichen Stellen der DDR stets übergangen und möglichst verschwiegen.

Die neofaschistischen Kräfte in der DDR nutzten diese Stätte als heimlichen Wallfahrtsort. Darüber hinaus gruben sie in den Wäldern von Halbe nach Kriegsgerät der Wehrmacht und wurden auch vielerorts fündig. Seit dem Jahr 1990 hat die Pilgeri der Nazis nach Halbe neue Dimensionen angenommen.

Die neofaschistische "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen" – "BKP" (1983 von Berliner NPD-lern um Dr. Ursula Schaffer "Deutsche Kulturgemeinschaft Berlin" – "DKG Berlin" gegründet), organisierte zusammen mit dem Berliner Spektrum faschistischer Gruppen, wie der "Nationalistischen Front" – "NF", der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" – "FAP" und der "Wiking Jugend" in den Jahren 1990 und 1991 die Aufmärsche in Halbe. Jeweils am 17. November, von ihnen zum sogenannten "Heldengedenktag" hochstilisiert, versammelten sich bis zu 1000 alte und neue Faschisten aus allen Ecken der BRD, sowie aus Belgien, Frankreich, Spanien und den Niederlanden.

Dies erhält eine zusätzliche Brisanz, da die Bundeswehr in beiden Jahren am gleichen Tag, am gleichen Ort, nur zeitlich verschoben, die gefallenen "Deutschen" der Halbe-Schlacht ehrt. Eine instinktlöse Geschmacklosigkeit, gepaart mit militaristischer Säbelrasselei.

Die Polizei wohnte im letzten Jahr der ganzen Prozedur aus sicherer Distanz, mit einigen wenigen Beamten bei. Obwohl die Regierung von Brandenburg aus dem Vorjahr hätte wissen müssen, was sich dort abspielt, sah sie sich nicht genötigt einzuschreiten. Doch derartiges hat in der BRD Kontinuität.

Aber auch die antifaschistische Bewegung verhielt sich bis auf kleinere Ausnahmen vollkommen passiv.

Auch in diesem Jahr wollen die Nazigruppen aus allen Ecken der BRD nach Halbe pilgern um gemeinsam mit der Bundeswehr die Toten von Halbe vor ihren politischen Karren zu spannen.

Dies darf diesmal nicht geschehen. Nach den Nazi-Aufmärschen in Wunsiedel, Bayreuth und Dresden, den darauf folgenden Pogromen in Hoyerswerda, Rostock und Wismar darf nicht mehr tatenlos zugesehen werden. Es geht darum, alles zu tun, um den diesjährigen Aufmarsch zu verhindern. Dazu bedarf es aller, für die das Wort Antifaschismus nicht nur eine leere Worthülse darstellt.

Alle sind aufgerufen nach ihren Möglichkeiten etwas dagegen zu tun.

Wir rufen auf:

Kommt zur Antifaschistischen Kundgebung gegen faschistische Geschichtsfälschung und militaristisches Säbelrasseln, am
1 7 . 1 1 . 1 9 9 2 u m . . . U h r n a c h H a l b e .

Weißwäscherei der Schreibtischtäter

Wir rufen auf, die Demonstration der Bundesregierung und des Berliner Senats am 7. 11. 92 gegen Fremdenfeindlichkeit dazu zu nutzen, unseren Protest gegen die Asylpolitik und den staatlichen Rassismus, der von eben dieser Regierung und diesem Senat getragen wird, auf vielfältige Weise zum Ausdruck zu bringen.

Wir wollen nicht zulassen, daß die eigentlichen Brandstifter von Hoyerswerda, Mannheim, Rostock und Quedlinburg hier ihre Unschuld inszenieren können. Vertreter der Parteien, die für eine rassistische Politik verantwortlich sind, die sich darin ausdrückt, daß Flüchtlinge, wenn sie es geschafft haben, in die immer besser gesicherte "Festung Westeuropa" zu gelangen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in Vororten, isoliert vom Rest der Bevölkerung, in Sammellagern zusammengepfercht auf die immer wahrscheinlichere Abschiebung warten müssen. Der Berliner Senat versucht gerade durch die Verlegung der Aufnahmestelle für Asylsuchende nach Hohenschönhausen eine weitere abschreckende Maßnahme gegen Flüchtlinge zu etablieren.

Gleichzeitig werden die Fluchtbewegungen dadurch hervorgerufen, daß die reichen Metropolenländer Armut und Hunger im Trikont und im ehemaligen Ostblock benötigen und produzieren, um ihren Reichtum zu vergrößern (das war der Verweis auf den Imperialismus).

Jetzt, da die internationale Öffentlichkeit entsetzt aufschreit über das Weiterleben des Antisemitismus, bequemen sich die Herrschenden, ihren angeblichen Humanismus in Szene zu setzen, nachdem die rassistischen Morde in den letzten Jahren sie nicht interessiert haben.

Der Weißwäscherei der Schreibtischtäter aus allen Parteien, die auf der einen Seite das Asylverfahrensgesetz und die Grundgesetzänderung durchpeitschen und auf der anderen Seite scheinheilig die faschistische Gewalt gegen Flüchtlinge verurteilen (und sie trotzdem noch zulassen, siehe Rostock, und für die Legitimation ihrer strukturell gewalttätigen Politik benutzen) wollen wir begegnen, indem wir auch ihre Veranstaltungen dazu nutzen, ihre rassistische Politik und sie anzugreifen. Lassen wir sie nicht reden, manifestieren wir unseren antirassistischen Widerstand, der sich auch und vor allem gegen den staatlichen Rassismus richten muß, auch auf ihren Veranstaltungen. Es geht nicht nur darum, gegen die Träger des staatlichen Rassismus Aktionen stattfinden zu lassen, sondern propagandistisch ein stärkeres Bewußtsein über die Dimension des rassistischen Systems zu vermitteln, das heißt: in diesem Fall nicht die Demo an sich anzugreifen, sondern den Menschen, die ihre antirassistische Haltung irgendwie zeigen wollen, klar zu machen, daß sie an diesem Tag hinter Rassisten herlaufen würden. Wir wollen natürlich nicht diese Demo unnötig vergrößern, aber wir fordern dazu auf, die Chance zu nutzen, mit entschlossenem Vorgehen den hier versammelten Rassisten zu zeigen, daß sie hier nichts zu suchen haben. Bringt die üblichen Waffen mit und laßt euch treffende Argumente einfallen.

ein antifaschistisches Grüppchen

Die Brandstifter heucheln Entsetzen über die von ihnen gelegten Brände



Am 7. November wollen die Herrschenden mit einer Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit ihren Ruf im Ausland wieder zurechtbiegen. Sie, die dieselben Ziele verfolgen wie die mordenden und schlagenden Faschisten - nur "gewaltfrei" -, haben die Frechheit, Antirassismus als staatliches Ziel auszugeben. Doch ihre Reden sprechen klare Worte: "Wir wollen keine durchrasste Gesellschaft" (Stoiber, CSU), "Das Boot ist voll" (Schäuble, CDU), "Wir werden überschwemmt" (Helmut Schmidt, Rentner, SPD), "Wir brauchen sowohl die tschechoslowakische Prostituierte als auch den polnischen Tellerwäscher, aber wir sind begrenzt aufnahmefähig" (Cohn-Bendit, Die Grünen).

Hoffentlich kommen sie alle zur Demonstration, zu der sie aufrufen, damit sie antirassistischen Widerstand hautnah zu spüren bekommen.

Sorgt dafür, daß sie sich am Bad in der Menge verbrühen.

Schwerin war nur eine Übung, wir werden besser.

Minister jagen, Minister schlagen, das ganze Scheiß-System begraben

Ernüchterndes Einheizfestival

Mit Power und Lust sind wir auf das Einheizfestival in der Wuhlheide gekommen, mit Wut und Frust mußten wir vorzeitig gehen.

Empfangen wurden wir mit einem riesigen Transpi über der Bühne, das uns nicht die Sprache verschlug, sondern stocksauer machte. Der wohl beabsichtigten Ironie von den Worten (so etwa): "Die Geburtstagstorte gewinnt, wer die meisten verkohlten Ausländerinnen bringt" konnten wir nicht folgen.

Wir empfanden diese Ironie auf Kosten von Ausländerinnen auf dem einzigen Transpi eines Antifa-Festivals vielmehr unerträglich, sie machte uns wütend. Auf dem Transpi dann ein Engel mit Torte, ein Bild von Kohl. Daneben stand fast wörtlich: "Kleine weiße Deutsche, süß und chic, wir brechen (?) euch mit der Geburtstagstorte das Genick." Selbst wenn hier nicht ausschließlich Frauen gemeint sein sollten, halten wir dieses gängige, sexistische Klischee für Frauen als eine Beschreibung von Faschisten für völlig verfehlt.

Wenn dann unter diesen Worten ein antirassistischer und antisexistischer Redebeitrag gehalten wird, verkommt die Zustimmung des Publikums zu Hohn. Der Bühnenschutz, der das Transpi entweder nicht richtig gelesen hatte oder es beschissen fand, jedenfalls kaum verteidigte, fühlte sich für das Bühnentransparent nicht verantwortlich (Ich kenne hier die Strukturen nicht. Ich bin nicht Veranstalter); ließ sich aber dann mit einiger Mühe doch davon überzeugen, daß das Transpi runtergeholt werden konnte. Der Ärger über das Transpi war leider nur der Anfang.

Entsprechend dem steil angestiegenen Alkoholpegel verloren die zahlreichen Macker ziemlich schnell jegliche Hemmungen, falls sie jemals welche hatten. Breitbeinig torkelnde Typen rempelten aggressiv alle um, die ihnen im Wege standen. Einer Frau am Micro wurde Striptease zugerufen... Weitere sexistische Sprüche wollen wir uns hier ersparen. Es schien sich kaum jemand daran zu stören.

Auch daran nicht, daß ein Typ zum Micro geht und alle vermeintlichen AntifaschistInnen mit den Worten begrüßt: *Heute sind wir sehtausend verfuckte Antifaschisten, morgen in Schwerin...* Ihm wird das Micro nicht aus der Hand gerissen, sondern er darf in Führermanier (und das ist hier nicht leichtfertig von uns so beschrieben) breitbeinig weitergröhlen. Der Typ kommt beim Publikum gut an. Seine längere "Ansprache" endet mit dem "Schlachtruf" Deutschland (die Masse gröhlt: Verrecke). Das ganze wiederholt sich mehrmals... Der Tonfall, das Auftreten des Typen und der gröllenden Masse hätte anstatt "verrecke" auch "erwache" zugelassen. Ein eiskalter Schauer läuft uns über den Rücken. Aber zum Glück sind wir ja auf einem Antifa-Konzert. (Genau zu beschreiben, was da gerade passierte, ist mit wenigen Worten nicht möglich)

Während der volltrunkene sogenannte Antifaschist seine Sätze ungestört bis zum Ende auskotzen konnte, fiel dem Moderator danach nicht anderes ein, als sich über einen abgeschossenen Pyro aufzuregen.

Der Spaß an dem Festival war uns in dieser sexistischen und aggressiven Stimmung, gegen die sich kaum jemand wehrte, endgültig vergangen. Gewöhnt, solche Typen in unseren Zusammenhängen zu isolieren, schien uns das hier unmöglich. Gehen ist Rückzug. Klar!

Wenn es irgendein Konzert gewesen wäre, müßten wir es unter: gute Musik, aber die Leute zum Kotzen...abbuchen. Aber es war kein beliebiges Konzert. Es sollte ein Festival von und für Menschen werden, die sich gemeinsam gegen Rassismus wehren wollen.

So nicht! Kampf dem Rassismus und Sexismus, auch in den eigenen Reihen.

Die Antifa war eine gewählte Leitung, die haben wir von der ersten größeren Versammlung bestätigen lassen. Der erste Leiter der Antifa war Willi Agatz, dann der Genosse Martin Heyne, dann Karl Horn und dann Karl Kielhorn.« (Karl Kielhorn im ak)

Die Auseinandersetzungen mit den Offizieren

Die Antifa beschränkt sich nicht auf kulturelle und politische Schulung und Aktivitäten. Eines ihrer praktischen Ziele ist die Ablösung der alten Lagerleitung und ihre Übernahme durch die Antifa, sowie die Beseitigung der Offiziersprivilegien. Lassen wir noch einmal Karl Kielhorn zu Wort kommen:

»Wir hatten zwei größere Auseinandersetzungen mit den Offizieren. Die erste war in der zweiten Hälfte des Jahres 1946. Damals wollten wir, daß sie arbeiten wie alle Kriegsgefangenen und daß sie die Kommandos aus der Hand geben. Bei der zweiten Aktion, Pfingsten 1947, ging es um die Frage: Können wir noch gestatten, daß sie

ihre Offiziersprivilegien behalten und uns weiter provozieren. ... Über 1.000 Kriegsgefangene sind am Appellplatz angetreten, Karl Horn, der seinerzeitige Antifa-Leiter, hat eine Rede gehalten, auch mit der nötigen Leidenschaftlichkeit. Er sagte, wir sind stark genug geworden, um selbst unsere Arbeit in die Hand zu nehmen. ... Wir haben also gesagt: Jetzt lösen wir die Leitung ab. Dann wurde festgestellt, ob die Anwesenden einverstanden waren. Es gab Zustimmung.

... Die Offiziere waren zwar entmachtet, aber der größte Teil stolzierte nach wie vor mit Ledermänteln, mit Breecheshosen und Schaftstiefeln durchs Lager, voll in ihrer Haarpracht. Wir anderen sahen doch wirklich aus wie die geschorenen Karnickel - mit Recht, weil die Gefahr von Infektionen bestand. ... Ein Trupp von 20 Antifaschisten ist an einem der Pfingsttage in die Offiziersbaracke gegangen. Viele vom Lager haben draußen ein Gasse gebildet und dann mußten sie durch diese Gasse runter in den Badekeller gehen. Wir haben gesagt, aus hygieni-

schen Gründen müssen ihnen die Haare geschnitten werden. ... Es gab von Seiten der Mannschaftsgrade in diesem Zusammenhang keine Sympathie für die Offiziere. Die waren überzeugt, daß das eine korrekte Geschichte war. Viele Offiziere haben uns mit ihrer Überheblichkeit zu sehr provoziert, die sie unabhängig von ihren Privilegien an den Tag legten.

... Dort (in der Offiziersbaracke, die Red.) wurde das Tagebuch vom ehemaligen Oberstabsrichter Kallmerten gefunden, in dem er 176 Todesurteile, für die er verantwortlich war, verzeichnet hatte. ... Als bekannt wurde, was in den Tagebüchern stand, war der Zorn riesengroß. Karl Horn hat auf der Bestarbeiterversammlung seitenweise aus dem Tagebuch vorgelesen. ... Den ganzen Zynismus, der da drinsteckte. Dort war in den einzelnen Tageseintragungen aufgelistet, wieviele er zum Tode verurteilt hatte. Wieviele Letten, wieviele Litauer... und zwischendurch war er mit dem General zur Hasenjagd, dann hat er Fasan gegessen, dann hat er die Lilo getroffen, mit der war es

J. HCETCK

9.4.47

Kulturgruppe des Antifaschistischen

Aktivs.

314/6.

EINLADUNG

ZUM

9. April 1947

anlaßlich der Aufführung
des

PEB130P

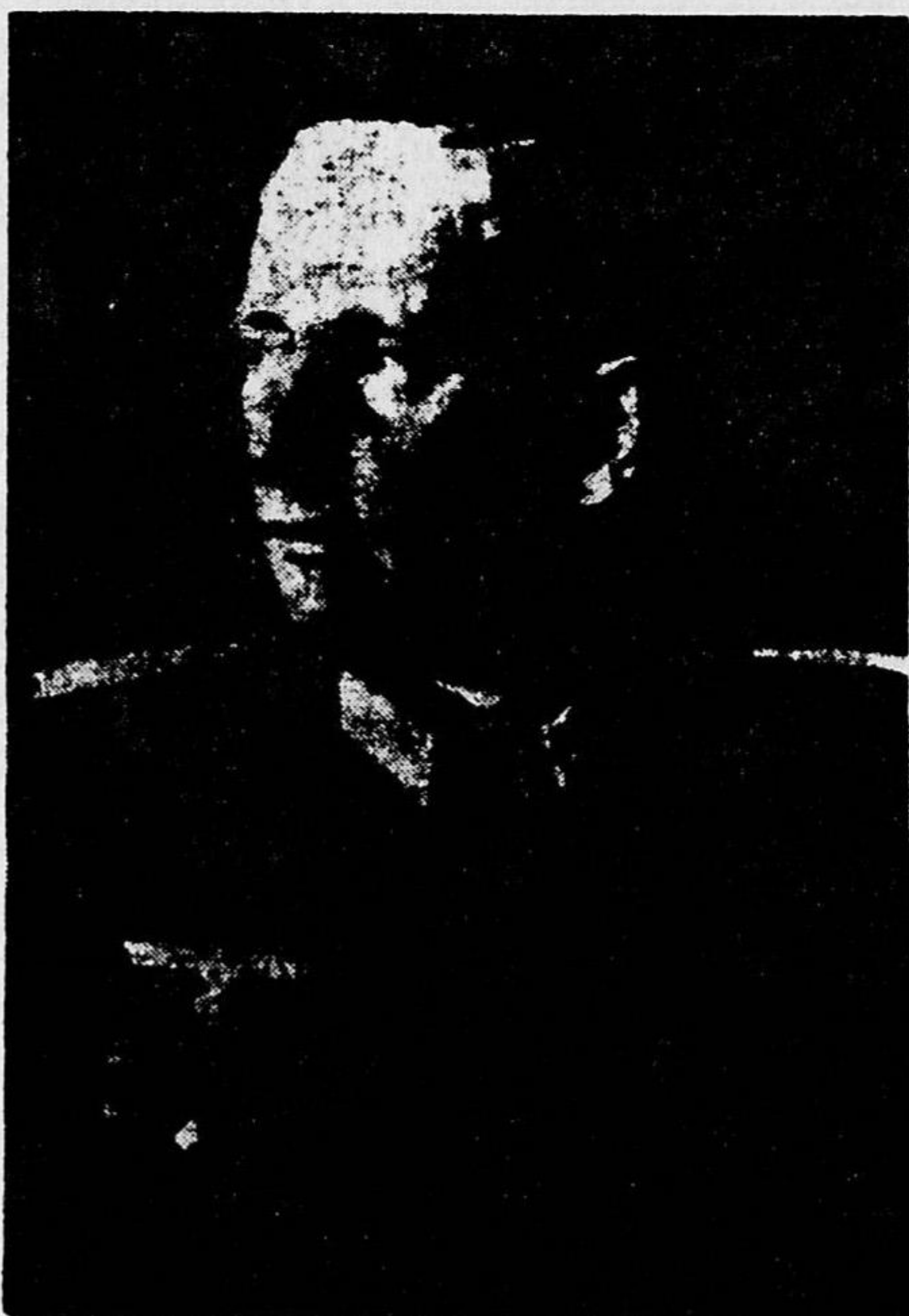
Beginn 20 Uhr

Aus der Schulungs- und Kulturarbeit
der Antifa in einem Sowjetischen Lager 1947

Du und die Welt.

16.2.1947

Noch bist du Kriegsgefangener. Dein Lebenslauf ist zur Zeit sehr erheblichen Einschränkungen unterworfen, aber auch für dich wird der Tag der Freiheit kommen. Als wertvoller Mensch und guter Demokrat, als überzeugter Antifaschist und Friedenskämpfer sollst du dann zurückkehren in die deutsche Heimat. Später wenn das deutsche Volk durch die letzten Reste vom Nazismus erfolgreich überwunden hat, dann wirst auch du in aller Welt als Gast und Mitarbeiter wieder geschätzt sein. Dann wird auch die Stimme des deutschen Volkes wieder gehört haben in der Behandlung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme. Die vereinten Nationen, an erster Stelle aber die Sowjetunion haben vielfach erklärt, daß man nicht beabsichtigt, das deutsche Volk zu vernichten und in Elend zu belassen. Das bedeutet für jeden Deutschen, mit offenen Augen die Geschehnisse in der Welt zu verfolgen. Es wäre grundfalsch, sich in der Zeit, während der wir uns befinden, sich in Isolation und teilnahmslos am Getriebe der Welt, teilzunehmen. Zwar ist uns zur Zeit die aktive Stimme im Konzert der Völker versagt. Ganz besonders trifft dies für uns Kriegsgefangene zu, die überdies nur spärliche Informationsmöglichkeiten haben und abseits gestellt sind von der Hauptstraße des Lebens in der Welt. Diese Tatsache entbindet uns aber in keiner Weise von der Pflicht, mit wachen Sinnen und klarem Kopf alle Regungen und Bestrebungen zu verfolgen, die sich in der Welt geltend machen für den Fortschritt, für die Freiheit und für wahre Humanität. Es gilt aber auch wachsam zu sein und mißtrauisch gegenüber allen Maulwurfsstichen der internationalen Reaktion, des Monopolkapitals und seiner militaristischen und faschistischen Helfer. Unsere Aufgabe erfolgreich zu lösen bedingt daher, daß wir energisch alle Schwierigkeiten überwinden, jede Möglichkeit zur Schulung und Information wahrnehmen. Unter allen Umständen müssen wir ein



Täter in Richterroben:
Sie wurden in der Bundesrepublik nie juristisch belangt.

Links Wehrmichtsrichter Kallmerten,
rechts Landgerichtsdirektor Steckel



dann sehr nett und so weiter. In ähnlichem Stil hat er auch seine Briefe nach Hause geschrieben. Daß der General sich gesonnt hat und an Führers Geburtstag jeder Offizier eine Flasche Wein bekommen hat und zwischen durch stand: heute früh mußte ich leider einen zum Tode verurteilen.»

Am 4. Juli 1947 wird der Wehrmichtsrichter Kallmerten von Mitgliedern der Antifa zu seinen Tagebüchern verhört. Nachdem er ein schriftliches Geständnis abgelegt hat (es lag dem Gericht in Hamburg vor), wird er durch Schläge auf den Hinterkopf umgebracht. Am folgenden Tag, während eines Appells, verurteilt der zuständige Kommandant der Roten Armee die Selbstjustiz. Er weist darauf hin, daß die sowjetische Gerichtsbarkeit für die Ahndung von Kriegsverbrechen zuständig sei.

Für den Tod Kallmertens werden Gerhard Bögelein und Klaus Weniger von einem sowjetischen Kriegsgericht zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt. *»Aber in Anbetracht dessen, daß Bögelein und Weniger ... nicht aus Eigennutz, sondern aus Haß gegen den Faschismus und gegen Kallmerten persönlich (wegen seiner Greuelthaten während seiner Amtszeit als Divisionsrichter der Deutschen Wehrmacht) getötet hatten, ist die Strafe zur Bewährung auszusetzen.«* (aus der damaligen sowjetischen Urteilsbegründung,

sie befindet sich ebenfalls in den Unterlagen des Hamburger Gerichts.)

Damit hätte die Geschichte des Blutrichters Kallmerten ihr endgültiges Ende finden können, gäbe es nicht die bundesdeutsche Justiz mit ihren reaktionären Traditionen und politischen Zielsetzungen.

Die Mühlen der bundesdeutschen Justiz

1951 wird der Fall Kallmerten von einem deutschen Gericht erneut aufgegriffen, jedoch nicht zur Aufarbeitung der NS-Justiz. Die Opfer und Leidtragenden der ehemaligen Nazi-Richter werden zu Objekten der Ermittlungen und der Anklage, sie werden mit Hilfe des Falles Kallmerten zu Kriminellen und Mördern gestempelt. 1952 wird nach langen und intensiven Vorermittlungen der Prozeß gegen einen gewissen Berkemann eröffnet. Berkemann, der sich in seinen Aussagen vor Gericht als »deutscher Patriot« verkauft, wird freigesprochen. Doch während der Vorermittlungen und beim Prozeß werden zwei in der DDR lebende Antifaschisten (Bögelein und Kielhorn) belastet und denunziert. Gegen sie wird 1951 ein Haftbefehl erlassen.

Das Verfahren fällt in die Zeit des Kalten Krieges und zunehmender antikommunistischer Hetze in der BRD. Politischen Initiativen und Organisationen, die die Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse, die Westintegra-

tion und Wiederaufrüstung bekämpfen, werden auch juristisch verfolgt. Die Sowjetunion, die die Hauptlast bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus zu tragen hatte, ist längst zum Hauptfeind des Westens und der herrschenden Klasse in der BRD geworden. Die DDR und Teile Polens sind nach den Auffassungen bundesdeutscher Politiker rechtlich eigentlich Bestandteile der BRD. »Dreigeteilt, niemals« lautete der offizielle Slogan aller Bundesparteien, mit Ausnahme der KPD, die 1956 verboten wird. Diesen politischen Zielsetzungen ordnet sich auch die bundesdeutsche Justiz bereitwillig unter.

»Wenn somit der Mord an dem Stabsrichter auch nicht gesühnt werden konnte, da die Haupttäter (gemeint sind Bögelein und Kielhorn, die Red.) sich jenseits der Grenze der Bundesrepublik Deutschland befinden, so hat die Strafgerichtsverhandlung doch wenigstens ein Ergebnis gezeitigt: Durch die Aufdeckung der Hintergründe ist ein System gebrandmarkt, das durch Unduldsamkeit, skrupellose Hetze, durch Verleumdung und durch Terror dieses ruchlose Verbrechen vorbereitet und ermöglicht hat.« (aus der Urteilsbegründung 1952)

Die Nazi-Vergangenheit der BRD-Justiz

1951/52 saßen in der BRD viele der ehemaligen Juristen des »braunen Reiches« bereits wieder auf ihren angestammten Plätzen, als Staatsanwälte und Richter. Einer von ihnen war Landgerichtsdirektor Steckel, der 1951/52 den Vorsitz im Fall Kallmerten führte. Seine Biographie mag stellvertretend stehen für viele Blutrichter, die nach 1948 in der bundesdeutschen Justiz ihre Karriere fortsetzen konnten.

Steckel, Jahrgang 1901, schließt sich 1919 als Freiwilliger der »Schwarzen Reichswehr« an, die nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus 1918 die aufflammende sozialistische Revolution bekämpft. Später wird er Mitglied eines Freicorps (militärischer Freiwilligenverband). Die Freicorps werden bis 1923 gegen Arbeiteraufstände eingesetzt. 10.000 ArbeiterInnen, die Führer des Spartakusbundes und der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, fallen in diesen Jahren dem Wüten von Reichswehr, Schwarzer Reichswehr und Freicorps zum Opfer.

Als Jurist kann Steckel während der Nazi-Herrschaft die Waffen ablegen und sein blutiges Handwerk vom Sessel eines Staatsanwaltes weiter betreiben. Er wird Chefankläger in Kali-

ningrad (dem damaligen Königsberg) und noch im März 1945 an den »Volksgerichtshof« nach Potsdam berufen.

1947 bewirbt sich Steckel in Hamburg zum Richter auf Lebenszeit »nachdem der "Beratende Ausschuß Justiz für die Ausschaltung von Nationalsozialisten" seine Zulassung zum höheren Justizdienst empfohlen hatte. ...Man hätte ihm auf die Spur kommen können. Denn am 17. Oktober 1947 hatte er an das Oberlandesgericht geschrieben im Zuge seiner Mühe, Landgerichtsrat und Richter auf Lebenszeit zu werden. "Bis zum 23. März 1945 habe ich bei der Reichsanwaltschaft in Potsdam Dienst getan..." Es ging um die Berechnung des Dienstalters.« (Spiegel 20/1992)

Die Ermittlungen des Landgerichtsrats Steckel

Bei den Ermittlungen und beim Prozeß zum Tode Kallmerts 1951/52 treffen die politischen Interessen der Herrschenden, denen Steckel zeitlebens zu Diensten stand, zusammen mit den persönlichen Ambitionen des Hamburger Landgerichtsrates. Das gesellschaftliche Klima, die politischen Zielsetzungen der bundesdeutschen Parteien bilden das Umfeld, auf dem Steckel weiterwirken kann. Entsprechend fallen die Ermittlungen aus.

»Dabei hatte sein Tun Anfang der fünfziger Jahre fast manische Züge angenommen. Die teilweise mehrmalige Vernehmung von bald 275 Zeugen quer durch die Republik sprengt jeden Rahmen eines normalen Straf-, auch eines Mordverfahrens. Das läßt sich kaum anders als mit Rachegelüsten erklären. Steckels offensichtliches Gefühl einer Verbundenheit mit dem Berufskollegen war nicht zufällig. Denn auch Steckel war als Sonderrichter in Königsberg und bei der Rechtsanwaltschaft am Volksgerichtshof tief in die mörderische Justiz des NS-Staates verstrickt.« (taz, 18.5.92)

Alte Kameradschaftsbünde der deutschen Wehrmacht, Offizierskollegen von Kallmerten werden von Steckel ausfindig gemacht, um im Prozeß gegen Berkemann, Bögelein und Kielhorn auszusagen. Karl Kielhorn in seinem Interview mit dem ak: »Ich will da mal ein paar Namen und Urteile nennen, von Leuten, die von der sowjetischen Gerichtsbarkeit verurteilt wurden und später als Zeugen gegen Bögelein und mich auftraten: Dr. Andersen, der war Oberleutnant, hat wegen Partisanenbekämpfung 25 Jahre gekriegt. Dr. Dresel, Josef, Oberst, war der anfängliche Leiter vom Eisenbahnlager in Klaipeda, 25 Jahre. Allein 24

wegen Kriegsverbrechen Verurteilte unter den Prozess-Zeugen. Da waren auch welche mit Todesurteil dabei, die dann begnadigt worden sind. ...Man hätte ihn (Kallmerten, die Red.) nachdem sein Tagebuch aufgefunden worden ist, aufgrund seines Geständnisses ordnungsgemäß festgenommen, ins Gefängnis gesteckt und ihm den Prozeß gemacht. Er hätte mit Sicherheit ein Todesurteil bekommen.« (Karl Kielhorn im ak)

Antifaschisten, die als Zeugen von Steckel 1951/52 vernommen werden, fühlen sich in die Vergangenheit zurückversetzt. »Bin ich denn hier bei Freisler?«, empörte sich einer. Und 1992 sagt Dr. Kohmann über die Vernehmung durch Steckel: »Als ich dem gesagt habe, ich sei immer noch Antifaschist, war der unzufrieden mit mir.«

Bundesdeutsche Justiz 1992

40 Jahre später kann das Hamburger Landgericht vollenden, was seinem ehemaligen Mitglied, Landgerichtsrat Steckel, versagt blieb. Mit der Einverleibung der DDR ist das letzte Hindernis gefallen. Nach der Vereinigung werden Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn verhaftet. »Ich konnte später nie in den Westen fahren, ich mußte damit rechnen zur Fahndung ausgeschrieben zu sein. Dann, nach der Annexion der DDR, war alles offen, da mußte ich damit rechnen, daß man auf mich zukommt. ...Und dann kamen sie wirklich hier an und brachten den Schutzhaftbefehl von 1952 mit.« (Karl Kielhorn im ak)

Gerhard Bögelein sitzt seitdem in Untersuchungshaft, Karl Kielhorn wird auf Kautions freigelassen. Ende 1991 wird der Prozeß eröffnet, obwohl es keine neuen Zeugen und Erkenntnisse gibt. Im Gegenteil, die Zeitspanne von 45 Jahren muß die Prozeßführung noch schwieriger gestalten. Das aber kann den ermittelnden Staatsanwalt Duhn nicht bremsen. Er war Referendar bei Landgerichtsrat Steckel. In seiner Anklageschrift vom 8. Mai 1991 schreibt er, daß es in Klaipeda »eine "antifaschistische", d.h. kommunistische Agitations- und Aktionsorganisation« gab. »Ernsthafte Anhaltspunkte dafür, daß unter den Urteilen des Kallmerten auch nationalsozialistisch ausgerichtete Terrorurteile ... gewesen sind, gibt es nicht. Vielmehr sind entsprechende Behauptungen eine Wiedergabe der im Lager von der Antifa gegen Kallmerten betriebenen Hetzkampagne.«

Fast nur in Nuancen der Wortwahl unterscheidet sich der Staatsanwalt Duhn von seinem Lehrherren, dem Freiwilligen der Schwarzen Reichs-

wehr, dem Nazi-Richter und späteren Landgerichtsrat Steckel. Mit der geschichtlichen Wahrheit nimmt es ein deutscher Staatsanwalt auch 1992 nicht so genau, wenn es gilt seine Anklage mit der notwendigen Begründung zu versehen. Einer der Verteidiger, Johann Schwenn, stellt die Behauptungen der Staatsanwaltschaft richtig. In seinem Plädoyer zitiert er aus den Geheimen Lageberichten der Königsberger Justiz. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß von Königsberger Sondergerichten so viele Todesurteile verkündet wurden, daß ihre Zahl »prozentual mit der Todesurteilsrate der Berliner Sondergerichte konkurriert.«

Es ist aber nicht nur die personelle Kontinuität Duhns mit Steckel, die dem Prozeß 1992 den Stempel aufdrückt. Auch der Vorsitzende Richter Dr. Erdmann und seine beisitzenden Richter Detlev Grigoleit und Britta Schlage schließen sich der Anklageschrift des Staatsanwaltes mit ihrem Urteil an. Karl Kielhorn wird freigesprochen, Gerhard Bögelein zu lebenslanger Haft verurteilt.

Eine Gesellschaft, die zur Verteidigung ihrer Ordnung und ihrer Interessen einer derartigen Justiz bedarf, kann sich mit den Ursachen des deutschen Faschismus nicht auseinandergesetzt und mit ihrer Vergangenheit nicht gebrochen haben. Aber das wird uns 1992 ja nicht nur in deutschen Gerichtssälen vor Augen geführt, sondern in Bundestagsdebatten, in Zeitungen, in den Talk-Shows des Fernsehens und auf der Straße. Auch in aktuellen Prozessen werden von der Justiz die organisatorischen Zusammenhänge und politischen Motivationen rechter Gewalttäter verharmlost oder geleugnet, während man die Gegenwehr ausländischer Jugendlicher und antifaschistischer Initiativen zur großen Gefahr aufbauscht. ■



Aufruhr in Italien!

Für die Selbstorganisierung der ArbeiterInnen

(TATblatt-Wien, ECN Padova, manifesto)

Am 31. Juli 1992 gaben die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL der Regierung und den Unternehmern ihre Zustimmung zu einem antisozialen Maßnahmenpaket, ohne auf die lautstarken Proteste der ArbeiterInnen zu achten.

Diese Zustimmung war der Anfang. Nach diesem Ausdruck der Loyalität haben die Gewerkschaften Regelungen akzeptiert, die einen faktischen Raub an den Werktätigen und PensionistInnen bedeutet und einen definitiven Abbau des Sozialstaates:

- die Abschaffung der "scala mobile", der automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation;
- die Erhöhung des Pensionsalters und die Berechnung der Pension über die gesamte Beitragsdauer;
- die Blockierung von Pensionierungen vor Erreichen des Pensionsalters über das ganze Jahr 1993;
- einen Einstellungsstop für öffentliche Bedienstete;
- die Aussetzung der Lohnverhandlungen für 1993;
- die Einschränkung des Streikrechts;
- Familien, deren Jahreseinkommen umgerechnet 400.000 öS übersteigt, müssen Arzt- und Arzneikosten selbst tragen;
- genereller Abbau sämtlicher Steuererleichterungen, von denen allerdings Unternehmen "von Qualität und Relevanz" ausgenommen werden können;
- und einiges mehr.

Die "Finanziaria '93" (Budgetentwurf für 1993) und weitere politisch-ökonomische Manöver bedeuten zunehmende Arbeitslosigkeit und Kündigungen, Menschen würden mehr arbeiten und mehr Leistung bringen müssen und elendige Pensionen bekommen. Gesundheitsvorsorge, Wohnung, Schule, öffentlicher Verkehr und öffentliche Dienste würden Luxus und nicht selbstverständliche Rechte der ArbeiterInnen. Gleichzeitig gibt es keine Steuer auf Immobilien- und Finanztransaktionen, die infolge der Steuerflucht zunehmen.

"In Zeiten wirtschaftlicher Krise, präsentieren die Unternehmer und die mafiose und korrupte politische Klasse, verantwortlich für Jahrzehnte mieser Regierung, den ArbeiterInnen die Rechnung", die Kosten für den Eintritt in ein "Europa dei padroni", von dem schon mal die Rede war. Diese Maßnahme gehört zu den autoritären Plänen zur Eliminierung der Sozialstaates und die erkämpften Rechte der Unterdrückten.

Das bedeutet eine Kriegserklärung an die Werktätigen.

In Roma, am 22. September stürmte die Polizei ungefähr um 20 Uhr wie in einem Fernsehkrimi den Sitz einer Basisorganisation, nach Tagen mit Übergriffen, Bespitzelung und permanenter Anwesenheit. Sie haben nicht nur alle anwesenden GenossInnen erfasst und durchsucht, Zeitschriften und Dokumente durchgesehen und alles durch die Luft geworfen, sondern auch mit Hammer und Meißel drei Löcher in die

nommen haben, sondern auch jede Art von Aktionen, Straßen- und Autobahnblockierungen, Spontanstreiks in industriellen und anderen Sektoren im ganzen italienischen Staatsgebiet.

In den FIAT-Werken in Milano sagen manche: "Wir würden sie an das Fließband schicken, bis sie 65 sind!" In Roma haben die Gerichtsangestellten eine Versammlung organisiert gegen die Kürzung ihres Lohnes um ein Drittel. Es gab Streiks in einigen industrialisierten Städten, wie Bologna, Bergamo...

Am 18. September formte sich eine Spontandemonstration, die zum Sitz der CISL ging und dort Chaos und Lärm verursachte, während Gewerkschafter und Politiker über die Krise der Gewerkschaften diskutierten. Am Nachmittag darauf gaben die Gewerkschafter die Entscheidung be-



CGIL: Confederazione Generale Italiana dei Lavoratori, also "Allgemeiner Italienischer Arbeiterbund", früher der ehemaligen PCI und jetzigen PDS, also den KommunistInnen, nahestehend.

Cartoon: manifesto

Wand geschlagen, wo nach ihren Informationen Sprengstoff sein sollte. Diese oftmaligen Provokationen der Polizei sind Teil eines Klimas der Einschüchterung, das heute in den ArbeiterInnenvierteln spürbar ist.

Es fanden nicht allein Demonstrationen statt gegen die ökonomische Politik der Amato-Regierung, wie die in Roma am 13. September, an der 100.000 Personen teilge-

kannt, einen Generalstreik über acht Stunden am 24. September anzusetzen.

Bei den von den Gewerkschaften letzte Woche organisierten Demonstrationen haben die ArbeiterInnen ihrer Wut und ihrem Mißtrauen Ausdruck verliehen und ihrer Entscheidung, die Initiative in die Hand zu nehmen und sich selbst zu organisieren.

Am Mittwoch, dem 23. September nah-

men in Milano rund 100.000 an einer Demonstration teil. In einem Sternmarsch sammelten sich Menschen, die von drei verschiedenen Plätze kamen, auf der Piazza Duomo, wo die GewerkschafterInnen bereits hektisch die Redebeiträge begannen, ohne zu warten, bis allem Menschen versammelt waren. Der radikalste der drei Demonstrationzüge, der zum großen Teil aus Basisorganisationen bestand, umfaßte rund 50.000 Personen, zum Großteil ArbeiterInnen aus Industrie und Dienstleistungssektor, SchülerInnen und StudentInnen. Die ersten Reihen bestanden vor allem aus PensionistInnen und aus Angehörigen von CISL und UIL. Innerhalb weniger Minuten wurden aus den Dutzenden, die die GewerkschaftsführerInnen auspufften, Hunderte, die Tomaten und Eier warfen. Der Sekretär der UIL sprach unter dem Schutz der durchsichtigen Schilde des Sicherheitsdienstes der Gewerkschaft weiter. Als einer der Schilde brach, war der Redebeitrag endgültig zu Ende.

Am anderen Ende des Platzes fanden über einen Lautsprecherwagen eine Gegenveranstaltung der Basiskomitees vor rund 3.000 Menschen statt, Aufrufe zum Generalstreik wurden frenetisch begrüßt.

Auch in Bologna fand eine Demonstration auf der Piazza Maggiore mit 50.000 Menschen statt. Polizei, Carabinieri, Politische Polizei (DIGOS) und Sondereinsatzkommandos (CELERE) sowie die Sicherheitsdienste der Gewerkschaften machten die Gegend unsicher und provozierten die DemonstrantInnen. Die Redebeiträge wurden ständig von Protesten übertönt. "Die ArbeiterInnen gehen nicht zur Piazza, um demagogischen Reden zuzuhören, sondern um ihre eigene Opposition gegenüber der staatlichen Gewerkschaft und der Amato-Regierung zum Ausdruck zu bringen."

In Modena unterbrachen tiefliegende Lebensmittel aus einer Menge von rund 15.000 Menschen die Redebeiträge der GewerkschafterInnen. Diese wurden auch von einem Sabotageakt am Lautsprecherwagen beeinträchtigt. Die Medien berichteten hingegen nur, daß die Reden wegen "technischer Probleme" beendet werden mußten. Außerdem griff der Sicherheitsdienst der Gewerkschaften wiederholt die DemonstrantInnen an.

Für den 2. Oktober wird ein Generalstreik vorbereitet. Eine Stellungnahme dazu ist der nebenan veröffentlichte Streikaufruf mehrerer Gruppen. •

Jenseits von Parteien und Gewerkschaften: Selbstorganisierter Generalstreik

Die Regierung raubt den PensionistInnen und Werktätigen 93.000 Milliarden [Lira]. Und fordert wieder einmal von den Werktätigen Opfer und Genügsamkeit, um das Unternehmen Italien zu retten. Sie möchte, daß der Gürtel enger geschnallt wird im Namen eines Europa, das nach dem Ende der Angst vor dem Osten und der Zerschlagung der inländischen Linken zu einem privilegierten Terrain für die Razzia der Finanzkapitäne wurde.

Für Italien muß klar gesehen werden, daß die Gewerkschaften mit enormer Macht in die Regierung eingestiegen ist — eine Gewerkschaft, die nicht mehr den Entscheidungen der Regierung untergeordnet ist, sondern direkt an der ökonomischen Politik des Staates beteiligt ist. Es ist selbstverständlich, daß die staatliche Gewerkschaft nicht gegenüber diesen Angriffen auf die Lebensbedingungen der ProletarierInnen opponieren würde, sondern versucht, den Kampfwillen der ArbeiterInnen und ProletarierInnen zu unterminieren. Seit über einer Dekade hat die Gewerkschaft ihre Politik an der Logik der Opferung, des Einverständnisses, der Verteidigung der nationalen Wirtschaft und der Unterstützung der Profite der Unternehmen ausgerichtet, und das eigene parasitäre Überleben und die eigene Glaubwürdigkeit der Institution geschützt.

Nach Jahren des Kampfes sind wir hier, um der rechte Protagonist einer neuen

Etappe des Kampfes zu sein, mit unseren großen und kleinen Erfahrungen, die unser Reichtum sind: die Selbstorganisation am Arbeitsplatz, in der Schule, die Besetzung von Centri Sociale, der Antifaschismus, der Häuserkampf, die Verteidigung der Gefangenen aus dem Proletariat. Ohne Sektierertum und um allen und jeder eine Methode vorzuschlagen: die Selbstorganisation.

- Für einen von den ArbeiterInnen selbst organisierten Generalkstreik
- Für eine Wiederaufnahme des Häuserkampfes, gegen die Einkerkung von Tausenden und Tausenden ProletarierInnen, gegen die Privatisierung der Schule und des Wissens, gegen den alten und neuen Faschismus

Beteiligen wir uns am Mittwoch, dem 27. September in Roma an der nationalen Versammlung, selbstorganisiert und mit dem Lebensgefühl der Basis

Redaktion von "Tamburi di lotta" ["Kampftrommeln"]
Redaktion in Milano von "Incompatibili"
Radio Onda Diretta
Centro Autogestito Garibaldi
Centro Sociale Leoncavallo

TUCHE by ©TOM



Italien. Ende September verhängt die Regierung Sparmaßnahmen in Höhe von über 100 Milliarden DM: Erhöhung des Renteneintrittsalters, Kürzungen und Gebühren im Gesundheitsbereich, Abgaben auf Wohnungen, Vervielfachung der Gebühren für staatliche Dienstleistungen. Und Hunderttausende gehen sofort auf die Straßen. 150.000 in Florenz und in Mailand, 300.000 in der Emilia Romagna, 50.000 in Genua, in Neapel, in Palermo, in Turin, 200.000 Rentner/Rentnerinnen in Rom. Die Wut ist groß und entläßt sich nicht nur gegen die Regierenden, sondern fast überall auch sehr handgreiflich gegen die Gewerkschaftsbosse, die erst im Juli sehr einschneidenden Kürzungen im Arbeits-/Sozialbereich zugestimmt hatten. Ihre Reden können die Gewerkschaftsführer mancherorts nur unter Schutz vor dem Hagel aus Steinen, Schraubenmuttern, Tomaten, Geldmünzen, Farbeiern abhalten. Es sind jeweils nur Hunderte, die sich an den Angriffen aktiv beteiligen, aber kaum jemand hindert sie. Verständnis ist spürbar, auch wenn oft die Form abgelehnt wird. Generalstreik liegt in der Luft.

Die Zeitungs- und Fernsehkommentare vergleichen die Situation mit dem heißen Herbst 1977 und machen die Autonomen, die unabhängigen Gewerkschaften COBAS und CUB und die "Rifondazione Comunista" als Initiatoren aus.

Vor dem Hintergrund der schweren ökonomischen Krise in Italien, des ständig zunehmenden Unmuts über die seit über 40 Jahren regierenden Parteien und der gerade aufgedeckten Schmiergeldaffären in einer ganzen Reihe von öffentlichen Bereichen in mehreren Städten eine insgesamt zumindest spannende Situation.

Erfrischend jedenfalls, wenn sich Unzufriedenheit mal nicht in Rassenhaß artikuliert und die Parolen der Linken sich von denen der Regierenden unterscheiden.

Und zum Glück ist die Welt ein bißchen größer als die BRD.



II Manifesto

vom Sekretär der CGIL Piemont Fulvio Perini

Der Mut, die Revolte von Turin zu sehen

Der 25. September war ein Tag der Revolte. In Turin war die Beteiligung am Streik eine Volksabstimmung; die Teilnahme der Arbeiter von FIAT Mirafiori sehr hoch, nicht jedoch bei der Demonstration, weil die Gewerkschaften zu wenig Busse bestellt hatte. Jedenfalls eine so riesige Demonstration, wie seit Jahren nicht mehr. Alles stand im umgekehrten Verhältnis zum Grad der Zustimmung der Arbeiter zur Gewerkschaft. Die Gewerkschafter sind seit Jahren nicht beliebt; sie da stehen zu sehen, auf der Bühne, geschützt von Plexiglasschildern war eine Einladung: wann sonst, wenn nicht jetzt, sich des Feuerzeugs zu entledigen oder den Regenschirm auseinanderzureißen, um den Griff und die Spitze abziehen? Die Bühne war nach dem Redebeitrag von Sergio Cofferati voll davon.

Nach Ende der Demonstration trennt es sich wieder: zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Vertretern und Vertretern, zwischen Kommentierten und Kommentatoren. So reden die nicht mehr, die vorher auf sehr klare Weise gesprochen hatten, sie können nur noch interpretiert werden. Dieses Mal aber haben sie revoltiert und dem muß Rechnung getragen werden. Daß die Gewerkschaften das nicht tun wollen, ist nach den ersten Reaktionen offensichtlich; die linken Politiker finden einen Weg, sich in Bezug auf die laufenden politischen Manöver in Turin in Szene zu setzen. Respekt der Wut und der Ablehnung der Arbeiter gegenüber hieß zu viel ändern

zu müssen, würde zu viel Wahrhaftigkeit und Kurskorrektur erfordern. Die "Männer der Arbeitermacht" haben es klar ausgedrückt: wir haben keinerlei Absicht etwas zu verändern. Die wenigen nachdenklichen und isolierten Stimmen von Freunden der Turiner CISL sind dafür nur eine Bestätigung...

Aber die massenhafte Kritik am Handeln und an den Vorschlägen der Gewerkschaft bleibt nach innen beschränkt.

Das Ende der Gewerkschaftsdemonstration war für mich ein regelrechter Schlag in die Magengrube: der Gewerkschafter, der die Demonstration für beendet erklärt und dazu auffordert "die Nazi-skins" (= die Autonomen!) alleine auf dem Platz zu lassen; der Platz, der sie nicht alleine läßt, indem einfach dort geblieben wird; die Minuten, die mit Warten vergehen; der Delegierte von Michelin, der mit einem Megafon versucht die Bühne zu erklettern; die Polizei, die ihn dort herunterzieht, weil sie schon auf die Autonomen warten, die sich der Bühne nähern; der Knüppelinsatz auf dem Platz, der voll von Arbeitern ist. Vor 25 Jahren waren alle, die protestierten, für die Spießer

"Gammer". Heute sagen die Gewerkschafter, daß die, die protestieren, Naziskins seien. Esel damals und Esel heute...

Aber die Probleme bleiben. Die Wut unter den Arbeitern ist groß; Gewalt ist gegenwärtig... von Seiten der autonomen Gruppen, der Kommunisten der Rifondazione... Aber es tritt auch eine andere Gewalt zutage, die nicht aus dem Bewußtsein seiner selbst (politischem Bewußtsein) herkommt, sondern aus offensichtlichem, erlittenem Unrecht. Das was ich von Jugendlichen aus den Arbeiter-vierteln mitgekriegt habe, als sie ins Zentrum von Turin gegangen sind, um die Jugendlichen zu verprügeln, die dort ihre luxuriöse Existenz zur Schau tragen...

Im folgenden ein Artikel aus L'Espresso (wöchentliches Nachrichtenmagazin) vom 4.10. und ein Artikel aus il Manifesto (linke Tageszeitung) vom 27.9.

L'Espresso

Wir sind die Arbeiter-/streikende Klasse

(classe scioperata - zusammengesetzt aus operaia=Arbeiter und sciopero=Streik)

Wo der spontane Protest in der Fabrik ausbricht

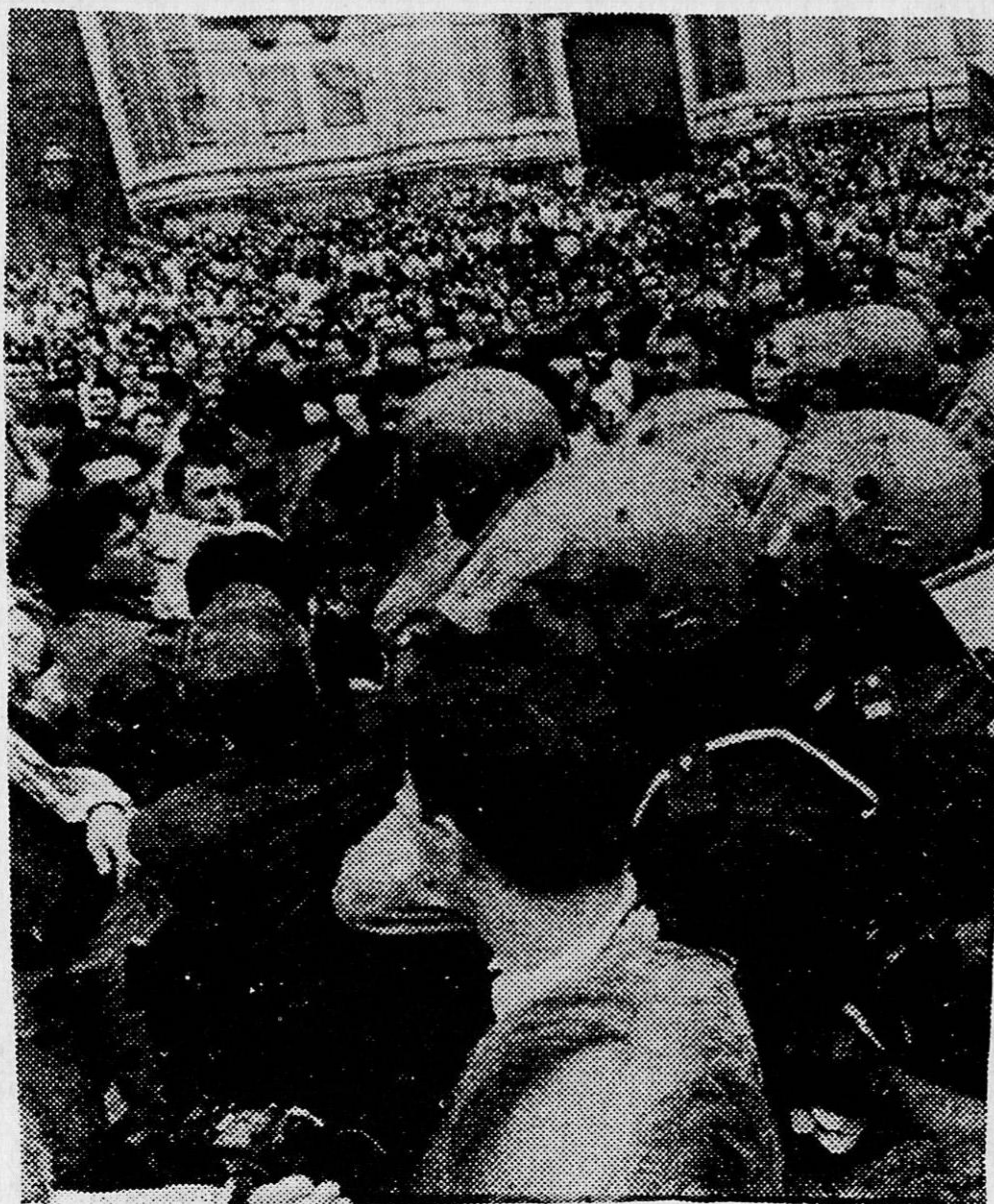
So viel Wut und so viele neue Gesichter. Die jüngsten unter den Arbeitern, die am Freitag den 18. September aus den Fabriken herausgegangen sind, um gegen den Schlag von Amato (PSI-Ministerpräsident) zu protestieren, waren zu den Zeiten der letzten spontanen Streiks noch nicht mal geboren. Von Reggio Calabria bis Florenz, von Brescia bis Bologna, von Mailand bis Neapel, haben die Arbeiter Amato und seinen 93.000.000.000.000 Lire-Maßnahmen, aber auch den Gewerkschaftsführern ihr Nein entgegengeschrien, durch spontane Arbeitsniederlegungen, unangemeldete Demonstrationen, Straßenblockaden und schnelle Umzüge. Und auch wenn die Bolzengeschosse und die lautstarken Proteste bei den von CGIL, CISL und UIL ausgerufenen regionalen Kundgebungen sie dann in den Hintergrund gedrängt haben, sind die spontanen Streiks die erste politische Botschaft gewesen, die nach etlichen Jahren direkt von den Arbeitern ausgegangen ist. Und wenn sich auch vor allem die Metallarbeiter und allgemein die Arbeiter der Lombardei und der Emilia Romagna als die wütendsten erwiesen haben, so sind in dem prompten Protest in ganz Italien auch sehr viele Techniker und Angestellte miteinbezogen. Geführt von den Fabrikdelegierten sind Blaumänner (Fabrikarbeiter) und Weißkragen (Büroangestellte) den 3 Gewerkschaften einen Zug voraus und haben mit lauter Stimme den Generalstreik gefordert. In einigen Fabriken der Region Brescia, wie der OM (FIAT-Gruppe), Beretta und TRW, in denen die Delegierten von FIM-CISL sie aufforderten, nicht zu streiken, haben jedenfalls sogar die Mitglieder dieser Gewerkschaft die Fabrik verlassen und sich an den Demonstrationen und Sit-Ins beteiligt. Anderswo, wie z.B. bei Omeca in Reggio Calabria, hat der Betriebsrat die anti-Amato Situation dazu genutzt, dem Unternehmen einen Plan zur Erneuerung des "patto integrativo" (=Korrektur der Maßnahmen vom Juli) zu präsentieren.

Im übrigen stehen Hunderte von Betriebskonflikten in diesen Monaten zur Diskussion, davon allein 400 in der Emilia Romagna. In dieser Region hat die spontane Reaktion des roten Freitag sehr viele nicht-Metallbetriebe erfaßt. Das war der Fall bei Pancaldi (Textil), bei Magli (Schuhe), Edilcop (Bau). In Modena sind die Arbeiter der Tabakmanufaktur auf die Straßen gegangen, in Ferrara haben die Angestellten der INPS (Sozialversicherungsanstalt) die Büros für eine Viertel Stunde geschlossen und sich dem Protest der Beamten, der Gemeindeangestellten, und der Metallarbeiter von Cisa di Cento und von Simbianca angeschlossen.

In Mailand und in der traditionellen Hochburg von Sesto San Giovanni, haben die Arbeiter längere Arbeitsniederlegungen durchgeführt. Sie haben Straßenblockaden gemacht (die von Alfa haben die Autobahn besetzt) und Eisenbahnblockaden (der Bahnhof von Lambrate wurde von den Arbeitern von Maserati gestürmt); oder sie haben kämpferische Demonstrationen durchgeführt (die Arbeiter von Abb, Falck und Magneti Marelli haben bis vor die Camera di Lavoro [Arbeitsamt?] demonstriert).

In Campania hat sich die Wut der Arbeiter von Sevel (FIAT-Gruppe) über die Sparmaßnahmen und die Ungeduld über die Nachgiebigkeit der Gewerkschaften im Erstürmen einer Versammlung der FIM (Metallgewerkschaft) in Pomigliano d'Arco Luft gemacht. In Florenz dagegen waren die Arbeiter von Nuovo Pignone und der Büros der Eisenbahn die ersten, die auf die Straße gegangen sind.

Die meistgehaßtesten Regierungsmaßnahmen sind für die Protagonisten der Demonstrationen die Kürzungen im Gesundheitsbereich und die Sperre der Rentenberechtigung (erst nach 35 Jahren Arbeit). Überall zeigte sich tiefgehende Mißbilligung gegenüber der Übereinkunft vom 31. Juli und der Schwächen von CGIL, CISL und UIL. In Anspielung auf die richterlichen Untersuchungen Mani Pulite (Saubere Hände - wg. Korruption im öffentlichen Bereich) haben die Demonstranten die Politiker pausenlos unter Beschuß genommen. Mario Sai, von der nationalen Leitung der CGIL: "in den Demonstrationen kursiert eine ganz bestimmte Anklage: während sich aufdeckt, daß in der Politik ein Fluß von Schmiergeldern fließt, sollen wir Arbeiter die Zeche zahlen". Den am meisten kritisierten nationalen Gewerkschaftsführern wurden weitere schwere Vorwürfe gemacht. Vielen gefällt zum Beispiel nicht, sie fröhlich und lächelnd zu sehen, wenn sie von den Fernsehkameras bei Zusammenkünften mit der Regierung gefilmt werden. "Was" riefen die Fabrikarbeiter, "gibt es eigentlich zu lachen, wenn die gerade entscheiden, uns einen weiteren Schlag zu versetzen?"



Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln !

Zuerst einmal habe ich mich über den Beitrag des kommunistischen Genossen in der Interim Nr. 208 gefreut. Ich nehme an, daß es keine Frau war.

Mit Beiträgen von KommunistInnen, die sich kritisch mit der RAF auseinandersetzen, wurde ja in den letzten Jahren sehr unoffen umgegangen. Dies mag zum Teil seine Berechtigung gehabt haben, insofern sie aus der Kritik an der alten K-Gruppenpolitik in der BRD entspringt. Dazu beigetragen hat sicherlich auch ein Dogmatismus, der sich ausschließlich an einer Partei-organisierung orientierte und die Rolle des Proletariats überbetonte und als absolut setzte. Dazu kamen häufig auch persönliche Abneigungen gegen einzelne Personen, die sich nur kommunistisch nannten, aber in Wirklichkeit ihre Position dazu benutzten unsolidarisch GEGEN die RAF oder bewaffneten Kampf im allgemeinen zu argumentieren.

Andererseits gab es in den letzten zehn Jahren sehr produktive und ernsthafte kommunistische Kritiken, die von antiimperialistischer Seite aus bestenfalls ignoriert wurden. In Frankreich, Belgien, Italien, Spanien etc. gab es vor dem, parallel zu oder gar zusammen mit dem "Front-Prozeß" kommunistische "Linien", die hier für die BRD jedoch nie ernsthaft zur Debatte standen oder einfach "abgetan" wurden. Dies war sicherlich ein Fehler der RAF und vieler AntiimperialistInnen. Es erklärt, warum sie zum Beispiel heute noch nicht vom antagonistischen Widerspruch 'Kapital-Arbeit' oder einer ArbeiterInnenklasse sprechen, sondern sich eher auf sozial-demokratische bis grüne Vorstellungen einer "2/3 Gesellschaft" beziehen.

Ich selbst - eine weiße Frau aus dem Widerstand hier - schreibe ebenfalls von einer kommunistischen Richtung her, aber einer sehr undogmatischen. Ich werde deshalb im Folgenden zum Teil andere Begrifflichkeiten verwenden als es der Genosse in der Interim Nr. 208 macht. Den intellektuellen Sprachstil will ich jetzt nicht kritisieren, denn seine Begriffe sind zumindest klar definiert. So macht es das Lesen einerseits schwerer, das Verstehen jedoch andererseits leichter. Beim August-Text der RAF dagegen war es umgekehrt. Ich bin mir nicht sicher ob ich ihn richtig verstanden habe, obwohl er in einem eher lockeren Stil geschrieben ist.

Einstellung

Der August - Text der RAF macht einiges präziser, besonders das Kriterium der Selbstkritik und der Einstellung des bewaffneten Kampfes: für eine "revolutionäre Entwicklung", die nun weniger militärisch am Angriffsziel - gegen die imperialistische Strategie - gesehen wird, sondern stärker als bisher politisch verstanden wird. Für viele ist die 'Neue Politik' der RAF wohl eher unvermittelt gekommen, sogar für einige Gefangenen, doch die meisten Leute mit denen ich diskutiere haben den Schritt der RAF - aus unterschiedlichen Gründen begrüßt oder verstanden. Mir dagegen ging es so, daß ich zunächst nach den Erklärungen vom April und Juni - eine Gefahr darin sah, daß sich über die Einstellung der Raum für Politik nicht erweitern, sondern im Gegenteil noch einengen könnte. Im Nachhinein denke ich, daß sich der Raum in der Tat nicht erweitert hat, daß die Diskussion um revolutionäre Politik und effektive Organisation jedoch wichtiger und notwendiger denn je geworden ist. Das hat die RAF völlig richtig erkannt.

Gegenmacht von unten

Der Begriff der "Gegenmacht von unten" sollte von dem Genossen pro Kommunismus meiner Ansicht nach nicht auf ein bloßes GEGEN reduziert werden. Wegzukommen von einer Politik und von Aktionen von RevolutionärInnen, hin zu einer wirklichen Politik, einer "Gegenmacht von unten", die auch sozialrevolutionäre Prozesse etc.

miteinschließt, verstehe ich als eine Politik raus aus der anti-imperialistischen Selbstisolierung. Wurden doch gerade Anfang/ Mitte der 80er Jahren nicht nur eine kommunistische "Linie" nicht für hier diskutiert, sondern ebenfalls autonome u.a. Ansätze verworfen, wo sich Leute mit ArbeiterInnen auseinandersetzen oder im Stadtteil ansetzen wollten oder sich in "Bewegungen" oder "Kampagnen" engagierten. (Stichwort: Teilbereichskämpfe) Nur zur Erinnerung ein Beispiel aus Berlin: Es gab einige AntiimperialistInnen, die - aus inhaltlichen Gründen - sich nicht an der IWF-Kampagne beteiligten, einige zogen es sogar vor in den Urlaub zu fahren. Die RAF hat sich jedenfalls damals verhalten.

"Gegenmacht von unten" heißt für mich revolutionäre Politik auf eine breite Basis zu stellen oder besser ausgedrückt: sie von unten zu entwickeln. Das ist verdammt notwendig, gerade jetzt wo sich die Widersprüche allzu sichtbar immer mehr zuspitzen; und das meine ich nicht allein quantitativ, sondern auch qualitativ.

Bewegungsorientierung ?

Gegenmacht von unten ist gleichzeitig ein sehr undeutlicher Begriff. Niemand wird wohl darum herumkommen ihn genauer zu definieren. Bedeutet "Gegenmacht von unten", daß sich die RAF in Zukunft stärker auf soziale Bewegungen beziehen will oder auf autonome Kämpfe usw? Orientiert sich die RAF zur Bewegungsguerilla um, wird sie etw zu einer RZ ?

Einige wünschen sich das, andere befürchten es eher....

Ich denke, um diese Diskussion weiterzuführen fehlt eine Selbstkritik der autonomen und antiimperialistischen Bewegung bzw. des Widerstands in der BRD. Es geht überhaupt nicht, daß die RAF ihre "Vermittlungs"-probleme löst, indem sie sich jetzt auf die Bewegung bezieht. Der Widerstand muß sich ZUSAMMEN MIT der Guerilla verändern. Das ist dringend.

Zur Selbstkritik am Widerstand gab es gerade in den letzten drei vier Jahren einige sehr interessante Diskussionspapiere. Sie wurden in WG-Küchen verschlungen, aber sie standen nie offen zur Debatte. Z.B. hätte das Papier "Ich sage wies ist" - eine Kritik an der Hamburger Bewegung durchaus eine heftige Diskussion um wichtige Fragen im Widerstand anschieben können. Auch einige berechtigten Fragen der RAF an die Hamburger Bewegung werden darin ansatzweise angerissen. Wahrscheinlich war ja die Konsequenz aus dem Papier für Autonome wie für AntiimperialistInnen "abschreckend" ? Sollte ich es "die Angst der Autonomen u.a. vor der Partei" nennen oder etwas zynischer die Angst vor jeder Art von Organisation, die über die Selbstorganisation hinausgeht.

Hier nur einige Stichworte zur Selbstkritik an der Bewegung: Feuerwehrpolitik, Kampagnen Auf und Ab, leichte Vereinnahmbarkeit durch den Reformismus, Integration von besetzten Häusern, unverbundene Kleingruppen-politik, informelle Hierarchie, Mythos von riots, Defensive und Hilflosigkeit gegenüber den Angriffen auf Flüchtlinge.

Theoretische Lücken

Ich bin nicht die Einzige, der theoretische Lücken der RAF auffallen. Diese Lücken bestehen gerade dort, wo Widerstand eben nicht allein gegen die Kapitalstrategie, gegen Militär- und Staatsapparate entwickelt wurde (NATO / MIK)

Die inneren Widersprüche im Kapitalismus lassen sich mit der triple oppression beschreiben. Die Äußeren würde ich verkürzt als Imperialismus - ~~ein~~ der triple oppression-bezeichnen.

Auch dazu gibt es inzwischen gute Texte, wie Bücher (Angela Davis Viehmann und GenossInnen usw.)

Trotz dieser Lücken würde ich der RAF auf keinen Fall unterstellen, daß es ihr nicht um eine revolutionäre Entwicklung geht; oder daß sie sich auf einen "bewaffneten Reformismus" hinbewegt, wie es der

Genosse pro Kommunismus glaubt.
Die RAF hat das letzte Jahrzehnt offensichtlich einen eindeutigen praktischen Standpunkt bezogen, der nicht mehr zurückzunehmen geht

...
RÄSSISMUS in der BRD kann allerdings tatsächlich nicht mehr nur auf der Erscheinungsebene kritisiert werden. Die Wichtigkeit des anti-rassistischen bzw. antifaschistischen Kampfes wird immer dringender sowohl die militante Gegenwehr als auch eine politisch-revolutionäre Ebene.

PATRIARCHAT/ SEXISMUS

Für mich als Frau war es besonders frustrierend, fast schon zynisch darüber nur einen Satz in der Erklärung zu lesen:

"Steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen.."

Offene Fragen an die GenossInnen der RAF

Habt ihr die Texte um die "triple oppression" gelesen oder nicht?
Warum meßt ihr diesen Diskussionen so wenig Bedeutung bei?

Warum habt ihr scheinbar immer noch Probleme mit dem Begriff ArbeiterInnenklasse?

Könnt ihr was zu den alten "Neue Faschismus"-Debatten der RAF im Zusammenhang mit den aktuellen Angriffen gegen Flüchtlinge u.a. sagen?

Denkt ihr, daß der Aufbau einer "Resistance" notwendig ist?

Warum schreibt ihr Frauen aus der RAF nichts zu eurer eigenen Entwicklung, zu eurer Unterdrückung als Frauen, aber mehr noch zu eurem Widerstand als Frauen in der Guerilla?

Hatten die Frauen und Männer der RAF keine Auseinandersetzungen mit feministischen Frauen?

Anfang der 80er konstituierte sich doch überall ein neues Frauenspektrum, die mit den damaligen Kämpfen im Widerstand verbunden waren?

Die Rote Zora gewann damals an Bedeutung. Hatte dies keinen Einfluß auf euch? Obwohl ihr sagt, daß ihr aus der Bewegung der Anfang 80er Jahre kommt?

Diese Fragen klingen vielleicht sehr kritisch, aber mehr noch sind sie mir wichtig. Ich bin mit all diesen Fragen auch nicht allein. Die RAF schreibt und kritisiert, daß es Leute gab, die sich nicht mehr kritisch geäußert haben und daß sie umgekehrt auch nicht kritisiert werden wollten. Das soll anders werden.

Übrigens ist kritische Solidarität keine "bequeme Position", sondern sehr sehr unbequem, denn sie übernimmt politische Verantwortung.

In vollem Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende suchen!

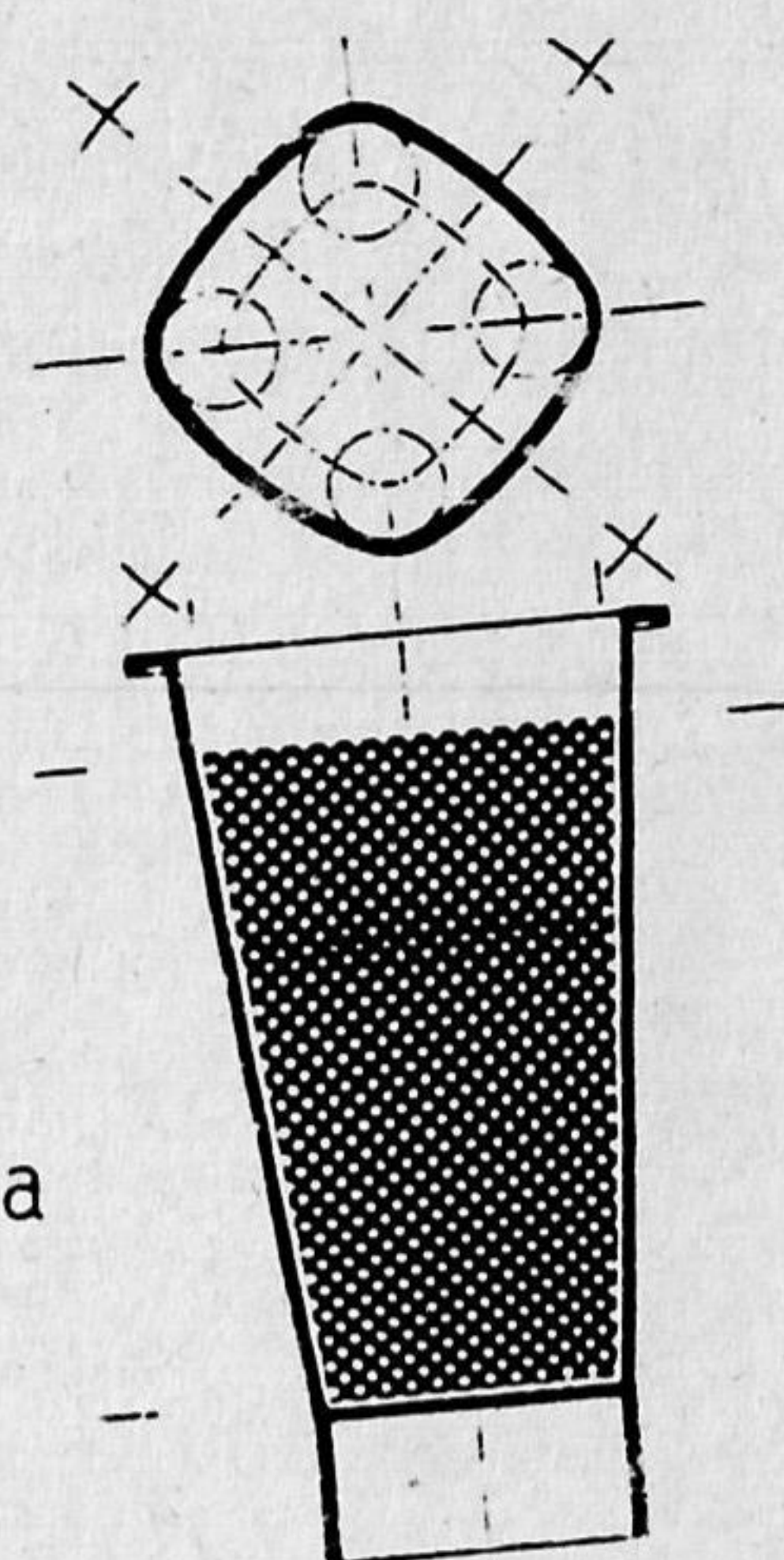
Sterin

Endlich !

Es ist nämlich gar nicht so schwer wie wir dachten:

Was paßt besser
als ein Reifen und ein Messer
Die ersten Sprüche an der Wand
Die ersten Steine in der Bank
Unser Erstlingswerk
in 'Schön'eberg

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit der Commerzbank in der Akazienstraße, der dresdner Bank gegenüber vom Rathaus und anderen Sehenswürdigkeiten dieser Stadt und grüßen aufs allerherzlichste die autonomen Entglasereien, MalerInnen, Kfz-MechanikerInnen und übrigen Handwerksbetriebe, die sich fleißig am Abschwung des Systems beteiligen!!



Über das Schleifen von Messerrücken

"Es gibt keine völlig neue Arbeit, am wenigsten als revolutionäre; die alte wird nur klarer weitergeführt, zum Gelingen gebracht. Die älteren Wege und Formen werden nicht ungestraft vernachlässigt, wie sich gezeigt hat."

(Ernst Bloch; Erbschaft dieser Zeit, Ffm 1985, S. 146)

Die Weiterentwicklung revolutionärer Politik verlangt eine nüchterne Einschätzung der Lage und die genaue Analyse der Entwicklung, die ihr zugrunde liegt. Das gilt grundsätzlich und jederzeit.

Die nüchterne Einschätzung für den antiimperialistischen Kampf in der BRD heißt augenblicklich Niederlage - das haben wir mit allen Teilen der Linken, nicht nur der revolutionären, gemein.

Es geht bei dieser Feststellung nicht um das Schaffen von Nestwärme dadurch, daß wir quer durch die Fraktionen bei aller gesellschaftlichen Einsamkeit wenigstens die Niederlage gemeinsam haben. Es geht dabei erst recht nicht um die Konsumentenhaltung, bei nicht zufriedenstellender Leistung die eigene Praxis und Geschichte einfach wegzuschmeißen und nach etwas prickelnd Neuem zu suchen.

Es geht auch nicht einfach um Fehlersuche. Denn das wirkliche Begreifen von Fehlern und das produktive Lernen daraus setzt zunächst das Verstehen der Geschichte voraus, das Wissen darum, was wann warum und wie gelaufen ist. Das Ziel der Auseinandersetzung liegt darin, die richtigen und weiterzuentwickelnden Momente herauszufinden, die Gründe zu erkennen, aus denen sie sich nicht entfalten konnten (hier geht es dann auch um die vermeidbaren Fehler), und aus dieser Erkenntnis ihre aktuelle Bedeutung zu bestimmen. Erst so wird sie nützlich für die Rekonstruktion von revolutionärer Politik - und dieses Interesse ist schließlich die Grundlage der gemeinsamen linken Diskussion !?!

Die gegenseitige Versicherung über dieses Ziel sollte erlauben, von dem kurzichtigen Klammern an nachträgliche Selbstvergewisserungen abzulassen - eine Haltung, deren Wiederholung Georg Fülberth in *"nachgerade klassischer Weise"* bei Thomas Ebermann entdeckt: *"Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche einen Blick auf unsere Biographie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen"* (Ebermann, konkret 6/92).

Unter der Überschrift "Auf Messers Rücken" schreibt Fülberth (konkret 8/92): *"Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen. ... Was wie das Ende des Kapitalismus aussah, war nur seine zugegeben: konvulsivische - Umgruppierung .. Auf Messers Schneide aber - dies wissen wir erst im Nachhinein - stand dabei nichts."*

Diese Einschätzung ist zweifellos richtig. Fraglich ist aber, welche Schlußfolgerung zu ziehen ist. Bei Fülberth ist es die Richtigkeit der *"prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete. ... Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert"* (ebd.).

So lassen sich immerhin schon einmal erreichte Kriterien dafür retten, was falsch ist an einer ausschließlichen Konzentration auf den "sozialen Prozeß" in der Metropolengesellschaft und auf die Suche nach "politischen Lösungen von unten".

Das kann aber nicht genügen, ebenso wenig wie die Feststellung von Karl-Heinz Dellwo, daß es *"eine historische und moralische Legitimation (gibt), hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben"* (konkret 6/92). Die Richtigkeit der Stellungnahme und die Legitimität der politischen Praxis sind nur die Voraussetzungen für die wesentliche Frage: die Frage danach, was an der konkreten Praxis nicht nur legitim, sondern politisch richtig war, und was heute politisch richtig ist!

I

Am Ende des Celler Interviews läßt sich Thomas Ebermann zu dem Ausruf hinreißen: *"Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei"* (konkret 6/92). Nachdem er kurz zuvor die kollektive Haltung von uns Gefangenen gegenüber den staatlich geforderten Abschwör-Ritualen als *"untaktisch"* qualifiziert hat, bleibt offen, was daran Selbstkritik ist und was Tribut an vermeintliches Märtyrertum. Richtig ist jedenfalls, daß der Erfolg keineswegs das einzige Kriterium für politische Praxis ist.

Das von Fülberth für alle Teile der Linken festgestellte Fehlen einer Gesamtstrategie heißt nicht, daß das Pochen auf richtige Elemente nur ein Klammern an Einzelstücke als Erkennungswimpel sein muß.

Zumindest in den letzten 25 Jahren hat keine Gruppe der Linken hier auf der Grundlage einer umfassenden Gesamtstrategie operiert, es gab überall nur mehr oder weniger fundierte Analysen, vorrangige Kriterien, darauf aufbauende Einschätzungen und Haltungen. Die Option auf die organisierte Arbeiterbewegung oder auf grüne Reformpolitik beruhte kaum auf einer

Gesamtstrategie, die diesen Namen verdient hätte. Der bewaffnete Kampf und der antiimperialistische Widerstand waren die Konsequenz aus bestimmten Erfahrungen und Einsichten, waren als notwendig erkannter Vorstoß und Versuch der Eroberung von neuem Terrain unter den veränderten Bedingungen der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft - auf einer Grundlage, die ursprünglich sehr viel mehr umfaßt hat als den weltweiten Kampf der Befreiungsbewegungen.

Was es bedeutet, unseren heutigen Standort auf dem Messerrücken festzustellen, ist eine geschichtsphilosophische Frage: Ihre Beantwortung hängt davon ab, welche Entwicklungsgesetzlichkeiten das Umdrehen des Messers bewirken könnten. Wollen wir uns der Ungeißheit dieser Frage nicht ausliefern, geht es darum, herauszufinden, welche Elemente der eigenen Geschichte wir zur Bearbeitung des Messerrückens scharf machen können - und da gibt es sicherlich mehr als die "Bereitschaft zur Konsequenz", die "historische und moralische Legitimation" und die grundsätzliche Richtigkeit der Parteinahme.

Voraussetzung dafür ist allerdings die etwas genauere Kenntnis unserer Geschichte. Bisher kommt sie in der Auseinandersetzung, wenn überhaupt, nur merkwürdig schemenhaft und eingeebnet vor.

Auch der Begriff der Niederlage hatte mal einen weniger tabuisierten Klang. *"die subjektive Seite der dialektik von revolution und konterrevolution: das entscheidende ist, dass man zu lernen versteht, durch den kampf für den kampf, aus den siegen, aber mehr noch aus den fehlern, aus den flips, aus den niederlagen. das ist ein gesetz des marxismus. kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigen sieg das ist die logik des volkes"*, schrieb Holger Meins 1974 in einem Brief aus dem Knast.

Ein solches Selbstverständnis braucht nicht den Glauben an eine Situation auf Messers Schneide. Es steht dazu sogar in einem gewissen Widerspruch, denn es geht aus von einem zähen, langandauernden, schwierigen Kampf, in dem auch jeder wirkliche Fortschritt mit Rückschlägen und Niederlagen verbunden ist. Tatsächlich waren die Gründe für den Aufbau der Roten Armee Fraktion auch wesentlich andere: Die politische Bestimmung für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und für die Organisation der Illegalität war in erster Linie aus den Bedingungen in der BRD und West-Berlin entwickelt.

Die Vorstellung von einer auf Messers Schneide stehenden *"instabilität des imperialistischen*

systems" wurde von der RAF erst 1982 im sogenannten MaiPapier zu einer grundlegenden und strategiebestimmenden Einschätzung erklärt - ohne dort allerdings die Unterschiede und Widersprüche zu den anfänglichen Einschätzungen und Bestimmungen zu thematisieren. Daß solche späteren Verschiebungen heute als immer schon bestehende Grundlagen erscheinen können, zeigt, daß unsere Geschichte auch eine Geschichte der nicht geführten und verhinderten Diskussionen ist. Wenn wir uns also unsere "politische Geschichte nicht rauben lassen wollen", heißt das auch, sie uns gegen die selbstverschuldeten Einebnungen zurückzuerobern.

II

Um das anfängliche Selbstverständnis der RAF zu skizzieren (und von da aus die späteren Veränderungen und Verschiebungen anzudeuten), müssen wir zunächst ein wenig ausholen.

Selbstverständlich waren die weltweiten Kämpfe der Befreiungsbewegungen von Anfang an der Hintergrund für den Kampf in der Metropole. Im "Konzept Stadtguerilla" schreibt die RAF 1971 zu ihrem Selbstverständnis:

"Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm, trotz theoretischer Ungenauigkeit - sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann."

Das war der Hintergrund, vor dem sich damals die gesamte Linke weltweit bewegte. Aber die konkrete Bestimmung ihrer Politik entwickelte die RAF aus der Situation hier: *"Die Rote Armee Fraktion leugnet... ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat. ... Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studentenbewegung teilweise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit schon reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen und für die Cabora Bassa Kampagne der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt..."* (Konzept Stadtguerilla).

Es war also nicht die internationale Situation, sondern in erster Linie die Entwicklung der Studentenbewegung und der Apo, die den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung setzte. Im sogenannten Organisationsreferat des SDS von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahle hieß es schon 1967: *"Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbare irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen*

Gewissheit werden kann. Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der 'Dritten Welt' muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerillatätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthiniger Irregulärität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen."

Die Studentenbewegung selbst war aber nicht in der Lage, diese Vorstellungen auch wirklich umzusetzen. *"Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das 'Antiautoritäre Lager' sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla, noch in eine sozialistische Massenorganisation"* (Konzept Stadtguerilla).

In dieser Situation mußte es darum gehen, den bereits zum Vorschein gekommenen richtigen Kern aufzugreifen und ihn in einer anderen Form weiterzuentwickeln. *"Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der Bild-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GI's, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf NatoFlughäfen..."* - *"Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu zerstören, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören"* (ebd.).

Für diese Aufgabe aber war die illegale Organisation notwendig - auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der Bewegungen in anderen Metropolenstaaten. *"Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, ... (die) nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisation von Illegalität auszunutzen und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung durch das System als Schicksalsschlag zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht"* (ebd.).

Das hieß jedoch nicht, daß nur die Illegalität das "echte" Kampfterrain wäre: *"Wir sagen nicht, daß die Organisation illegal bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Fortschritt und Erfolg des anderen ist"* (ebd.).

Die Stadtguerilla sollte als Fraktion der Bewegung fungieren; als diejenige Fraktion, die im Zusammenwirken mit anderen Fraktionen

der Bewegung die Organisation des bewaffneten Kampfes und den Aufbau der Roten Armee vorantreibt - als Rote Armee Fraktion.

"Unser ursprüngliches Konzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinflußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Daß der Einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann" (ebd.).

Das war die Situation 1970/71. Die Studentenbewegung war an eine Grenze gestoßen, und es ging darum, durch Transformation der bereits angelegten richtigen Momente diese Grenzen zu überwinden.

III

Die Genossinnen und Genossen, die nur wenige Jahre später in die Illegalität gegangen sind, machten diesen Schritt bereits aus einer sehr veränderten Situation. *"Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst - politisches Subjekt, das zum Angriff kommt"*, sagt KarlHeinz Dellwo im konkret-Interview - der Unterschied zu den im "Konzept Stadtguerilla" formulierten Bestimmungen ist offensichtlich. Die politischen Bedingungen hatten sich stark verändert. Apo und Studentenbewegung hatten den Sprung über ihre Grenzen nicht geschafft. Was 70/71 noch an gemeinsamer Bewegung vorhanden war, hatte sich aufgelöst in K-Gruppen und reformistische Integration. Der Entschluß zum Aufbau der Stadtguerilla war auch eine Antwort auf diese schon absehbare Tendenz, die in selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit führen mußte, *"wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten"* (Konzept Stadtguerilla).

Es war die richtige Antwort in dieser Situation, obwohl auch die bewaffnet kämpfenden Gruppen den Zerfall der Bewegung letztlich nicht aufhalten konnten. Gleichzeitig und durch diese Entwicklung begünstigt, nahm die staatliche Repression massiv zu und konzentrierte sich zwangsläufig auf die im Vergleich zu den "Bewegungszeiten" leichter überschaubaren revolutionären Kräfte. Statt des Kampfes als Fraktion mußte es ohne die Bewegung nun darum gehen, die begonnene Organisation der Illegalität alleine voranzutreiben; die Genossinnen und Genossen, die den Schritt in die Illegalität mit all seinen Konsequenzen gemacht hatten und die, die in den Knästen saßen, nicht einfach im Stich zu lassen und das neu eroberte Terrain; der Illegalität für künftige Mobilisierungen zu halten.

Natürlich hat sich in dieser Situation auch das Selbstverständnis der RAF verändert. Angesichts des Zerfalls der Apo und der damit wesentlichen Bezugspunkte innerhalb der Metropolengesellschaft trat der internationalistische Bezug stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig verschob sich auch das Verhältnis zum Staat: Von der im Rahmen einer breiten politischen Mobilisierung bestimmten bewaffneten Aktion hin zu einer direkten Konfrontation, die sowohl durch die verschärfte Repression und Verfolgung draußen bedingt war als auch durch die ganz konkrete Notwendigkeit, die Gefangenen aus den Knästen zu holen. Eine Notwendigkeit, die über ihre Selbstverständlichkeit hinaus auch den Grund hatte, die Gefangenen vor der Folter und Vernichtung im Knast zu schützen. Es ist nicht das anfängliche Selbstverständnis der RAF, aber es ist diese Situation in den Jahren nach 1972, die Karl-Heinz Dellwo im Interview beschreibt: *"Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet."*

Durch das staatliche Vernichtungsprogramm gegen die Gefangenen rückte das Ziel der Gefangenenbefreiung zunehmend in den Mittelpunkt. Damit veränderte sich aber auch die Bedeutung der "Machtfrage".

Der Staat behandelte die Gefangenen als Geiseln (woran sich bis heute im Prinzip nichts geändert hat) und verknüpfte so die eigene Machtposition unmittelbar mit der Frage der Gefangenen. Was umgekehrt bedeutete, daß Gefangenenbefreiung zu einem Angriff wurde, der ganz zentral mit der gesamten Staatsmacht konfrontiert war - viel mehr als *"den staatlichen herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen."*

Diese Entwicklung ist aber erst im Nachhinein so deutlich zu erkennen. Anfang 1975 gelang der Bewegung 2. Juni durch die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Lorenz noch die Befreiung von 5 Gefangenen aus den Knästen. Die Botschaftsbesetzung in Stockholm durch ein Kommando der RAF wenige Wochen später - ein Angriff in einer bisher noch nicht dagewesenen Schärfe - traf auf die harte Haltung der Bundesregierung, deren damaliger Staatssekretär Kinkel als politisch Verantwortlicher die Sicherheit der Botschaftsangehörigen dem Zerschlagungskalkül opferte.

Nach dieser Erfahrung, und nach dem Tod von Ulrike Meinhof, die am 11. Mai 1976 in ihrer Zelle "erhängt aufgefunden" wurde, sollten die Aktionen des Jahres 1977, die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die geplante Entführung des Dresdner Bank-Chefs Ponto, die Bundesregierung zum Nachgeben zwingen. Ponto und Schleyer gehörten zur Elite des BRD-Kapitals, und sie verkörperten außerdem wie kaum jemand sonst die faschistische Kontinuität der BRD: einen auf "Arisierungen", auf Ausbeutung von KZ- und Zwangsarbeit, auf Kriegsgewinnlertum fußenden Machtaufstieg, der ohne Unterbrechung 1945 direkt in die BRDEliteposition führte.

Aber diese Einschätzung ging nicht auf. Die Bundesregierung entschied sich, Schleyer zu opfern und schreckte auch nicht davor zurück, (da Aussagen über die Todesart der Stamm-

heimer Gefangenen in der BRD mit einer 129a-Anklage auch gegen die sie veröffentlichenden Medien unterdrückt werden, beschränken wir uns hier gezwungenermaßen auf selbst von der BAW Unbestreitbares:) die Ermordung der Gefangenen von Prominenten in der Öffentlichkeit propagieren zu lassen und sie im Krisenstab zu erörtern.

Konfrontiert mit dieser geballten und vor nichts mehr zurückschreckenden Staatsmacht endeten die Aktionen von '77 mit einer umfassenden Niederlage, die von bisher nicht dagewesenem Terror und Repression gegen die legale Linke und alle auch nur halbwegs kritischen Stimmen begleitet war.

Wenn sich auch im historischen Rückblick deutlich Fehler erkennen lassen, falsche Einschätzungen der eigenen Kräfte und des staatlichen Kalküls, gehören sie wohl zu den "unvermeidlichen" (Gremliza), zu den Wegen, die vielleicht "gegangen werden mußten" (Dellwo). Nach dem Zerfall der Apo blieb der RAF nur, alleine zu handeln; und in der Situation, in der keine Bewegung mehr politischen Druck zum Schutz der Gefangenen entfalten konnte, mußte es darum gehen, alles zu tun, um sie vor Folter und Vernichtung zu schützen: sie zu befreien.

IV

Für die Entwicklung nach 1977 läßt sich allerdings keine vergleichbare Notwendigkeit behaupten.

Vor dem Hintergrund der stärker werdenden sozialen Bewegungen seit Ende der 70er Jahre und der damit verbundenen Massenmilitanz formulierte die RAF ihren politischen Neuan-satz im Mai-Papier von 1982.

Die Niederlage von '77 wurde jetzt gleichzeitig als Beginn einer neuen Phase interpretiert: *"sie hätten es fast geschafft aber die ironie ist, dass sie genau dadurch eine situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so besseren bedingungen weiterkämpfen konnten"* (Mai-Papier). Denn die Entscheidung des Staates für die militärische Lösung *"war der sprung an die spitze der reaktionären gegenoffensive zur vereinheitlichung der apparate der inneren sicherheit in westeuropa"*, an ihm *"ist aber auch die politische schwäche der metropolenstaaten, die innere Brüchigkeit der ganzen nach außen so potenten struktur, so evident geworden wie noch nie"* (ebd.).

Im offenen Widerspruch zu dem 11 Jahre früher im "Konzept Stadtguerilla" formulierten Ansatz hieß es nun: *"nachdem aus dem internationalen zusammenhang der kampf um die befreiung vom isolierten guerillaprojekt zur greifbaren wirklichkeit in den auseinandersetzungen des tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den sprung mit beiden beinen auf den boden der situation hier, um widerstand in der metropole in der umgekehrten bewegung von hier aus zur front im internationalen klassenkrieg zu bringen. also die strategie, die ihre wurzel hier hat"* (ebd.).

Anstatt die Frage zu untersuchen, wie aus den strategischen Anfangsbestimmungen, die ihre Wurzeln hier hatten, der bewaffnete Kampf

zum "isolierten guerillaprojekt" werden konnte und was daraus zu lernen ist, wurde die Geschichte einfach umgeschrieben. *"wenn man so will, unterscheidet sich unsere aktionslinie bis 77 von der jetzt darin, dass es bis 77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten kampf gekommen ist oder diesen schritt vorbereitet hat und dass es jetzt darauf ankommt, dass guerilla, militante und politische kämpfe als integrale komponenten im perspektivischen fluchtpunkt der zu entfaltenden metropolenstrategie zusammenkommen"* (ebd.).

Wurde im "Konzept Stadtguerilla" das Verhältnis von bewaffneter und legaler Politik noch damit beschrieben, *"daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und den Fortschritt des anderen ist"*, hieß es nun: *"wenn auch bewaffnete, illegale organisation der kern dieser strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige kraft, wenn bewaffnete politik mit militanten angriffen, mit den kämpfen aus der ganzen breite der erdrückung und entfremdung und mit dem politischen kampf um die vermittlung ihres prozesses zusammen zu einem bewussten und gezielten angriff gegen die dreh- und angelpunkte des imperialistischen zentrums gebracht wird"* (Mai-Papier).

Und zwar vor dem Hintergrund einer weltweiten Schwäche des Imperialismus. Der Sieg der Befreiungsfront in Vietnam wurde als historischer Durchbruch mit weitreichenden Auswirkungen beschrieben: *"die instabilität des imperialistischen systems bedeutet seitdem weltweit eine situation, in der der imperialismus mit einer niederlage an jedem punkt seines weltsystems, oder dem verlust irgend-einer seiner machtpositionen ... in die endliche krise des systems kippen kann"* (ebd.).

Erst hier also taucht der Glaube an eine Situation auf Messers Schneide auf - und wurde gleich zur zentralen Grundlage des strategischen Ansatzes. Mit einer gewissen Notwendigkeit, denn das neue Front-Konzept beruhte, anders als das "Konzept Stadtguerilla", nicht auf den Erfahrungen und dem bereits geführten Kampf einer Bewegung, sondern war ein theoretisch entwickelter Ansatz, der sich ausgehend vom Kampf der Guerilla durchsetzen und in einer so erst zu schaffenden Bewegung verankern sollte.

Die Chance dafür wurde darin gesehen, daß die Polizeistaatsformierung nach '77 zu der allgemeinen Erfahrung geführt habe, daß *"der imperialismus ... über keine positive, produktive perspektive mehr (verfügt), er ist nur noch die von zerstörung. das ist der kern der erfahrung, die die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist"* (ebd.).

So wurde das ganze Problem der politischen Verankerung auf eine völlig neue Weise betrachtet: *"es ist jetzt nicht mehr der punkt, die inneren veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. denn die haltung und die lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus. wir stellen einfach fest: fundamentalopposition ist mit diesem system wie nie zuvor grundsätzlich fertig. kalt, illusionslos, vom staat nicht mehr zu erreichen... da ist einfach schluss - und erst hinter*

dem ende des systems wird eine lebensperspektive vorstellbar" (ebd.).

Vor diesem Hintergrund hieß die Konsequenz für die Bestimmung der Politik:

"revolutionäre strategie ist hier einfach die strategie gegen ihre strategie die ihren strategischen plan in ihren konkreten projekten angreift und durch den materiellen angriff die imperialistische offensive nach innen und aussen politisch bricht und damit Bewußtsein schafft, das neuer widerstand und prozeß der front national wie international wird, die ihre pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können" (ebd.).

Es ist deutlich: Hier wird das, was in der Entwicklung bis '77 die vielleicht unvermeidliche Bewegung weg vom Ausgangskonzept war, zum Programm erklärt.

Die Gesellschaft wird nur noch von außen wahrgenommen, Analyse beschränkt sich auf die Untersuchung der imperialistischen Pläne und Nato-Strategien, militärische Guerillaaktionen werden zum politischen Kern. Politische Auseinandersetzung und Vermittlung entwickelt sich nicht aus gesellschaftlichen Widersprüchen, sondern beschränkt sich auf Angriff und angestrebte Verhinderung der fortgeschrittensten strategischen Projekte des imperialistischen "Gesamtsystems". Der Bruch mit der Metropolenrealität wird zur Bewußtseinsgrundlage - nicht mehr als aufklärerische "Irregularität", sondern als subjektiver Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropole. Etwas theoretischer formuliert: Mit dem Aufbau der Roten Armee Fraktion ging es ursprünglich darum, die von der Studentebewegung theoretisch erkannte totale Verdinglichung des Lebens im Spätkapitalismus zu durchbrechen, ein Kampfterrain zu eröffnen, auf dem die wesentlichen Elemente der "spontanen Irregularität" zu einer kontinuierlichen und nicht mehr integrierbaren politischen Praxis entwickelt werden können.

Im Mai-Papier dagegen drückt sich die Verdinglichung eben der Schritte und Formen aus, die ursprünglich gerade das Durchbrechen der totalen Verdinglichung ermöglichen sollten.

Das verlangte aber Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die damals nicht weniger falsch waren als heute: Die Behauptung eines weltweiten Kräfteverhältnisses, das die imperialistische Herrschaft auf Messers Schneide stellt, und die Behauptung vom Verlust der (im "Konzept Stadtguerilla" noch als Ausgangspunkt verstandenen) Integrationsfähigkeit des Kapitalismus: *"Die offensive jetzt ist für sie auch deswegen zur entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische variante, sozialdemokratismus und verdeckter krieg, auf allen ebenen aufgelaufen ist.... weil die militärstrategie zum angelpunkt geworden ist, ist auch die politik gestorben - bzw. darin kommt sie auf ihren reinen begriff"* (Erklärung zu '77 der Gefangenen aus der RAF, 1984 im Stammheimer Prozeß)

Damit waren dem Front-Konzept von vorneherein die Grenzen gesetzt, an denen es auflaufen mußte - spätestens dann, als sich in der Niederlage nicht länger übersehen ließ, daß die gesell-

schaftliche Wirklichkeit in der Metropole doch vielschichtiger und widersprüchlicher ist.

Trotzdem hat sich auf dieser Grundlage in den 80er Jahren breiter Widerstand entwickelt, Ansätze zu einer revolutionären europäischen Land zu dieser Zeit. Eine Entwicklung, die ohne den Kampf der Guerilla so sicher nicht stattgefunden hätte.

Trotz der Fehler in der Analyse, der fehlenden wirklichen Verankerung, war der Kampf der RAF eine wichtige Orientierung für viele: Die Existenz einer grundlegenden und unversöhnlichen Opposition in einem System, das alle Veränderungsimpulse, alle Subkulturen so umfassend aufschluckt, reformistisch oder direkt kapitalnützlich umbiegt oder abblockt; in einem System, in dessen Rahmen viele wirklich keinen Lebenssinn sehen konnten, das sich aber als allumfassend und ausweglos darzustellen sucht. Diese Selbstinszenierung der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft als quasi pragmatischer Gesamtsachzwang, als Beste aller historisch möglichen Gesellschaften, die zunächst nicht durchschaubar ist, wurde in den Angriffen der Guerilla durchbrochen, mit denen konkrete Verantwortlichkeit erkennbar gemacht und die Angreifbarkeit des Systems bewiesen werden sollte. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Ausstrahlung des konsequenten Kampfes der Gefangenen, den auch das Isolationsregime der Hochsicherheitstrakte nicht brechen konnte. Es gab ein starkes Bedürfnis bei vielen, die von all diesen Momenten angesprochen wurden, sie aufgriffen, sich aneigneten und weiterzuentwickeln suchten. AntiNato-Mobilisierungen wie die Bush-Demo in Krefeld 1983, die Vielzahl militanter Aktionen in den Jahren 85/86 oder der Antimperialistische Kongreß in Frankfurt 1986 seien hier nur als Beispiele für diese Entwicklung erwähnt.

Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die im Ansatz angelegten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Stattdessen führte das zur immer stärkeren Verdinglichung des politischen Bewußtseins:

Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des "Bruchs", zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin.

Mit teilweise verheerenden Folgen, die Lutz Tauber in seinem "Brief an einen Gefangenen" (konkret 8/92) ganz zutreffend als "reaktionäre Symbiose" von wortführenden Aktivisten und apologetenhaften Anhängern beschreibt. Daß wir ein *"ehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwickeln"* (Tauber, ebd.), wird aber verhindert, wenn nur die oberflächliche Erscheinung der "reaktionären Symbiose" beschrieben wird: *"Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen"* (ebd.). Denn tatsächlich gibt es dabei mehrere Seiten. Auch die Gefangenen aus der RAF haben die Diskussion um die im Mai-Papier formulierte Politik der "bewaffneten Aktion" zumindest nicht forciert. Dieser Zusammenhang aber darf

nicht länger aus der Auseinandersetzung verdrängt werden. Wird seine Untersuchung nicht zum Ausgangspunkt gemacht, erscheint alles Übrige nur als leichtfertige Schuldzuweisung für den individuellen Sprung aus dem Schlammassel - und läßt die Grundstrukturen unangestastet, statt an ihrer Überwindung zu arbeiten.

V

Denn die Gefahr der heutigen Situation liegt darin, daß dieses verdinglichte Bewußtsein, nachdem es unleugbar an seine Grenze gestoßen ist, nun - anstatt durch Reflexion und selbstkritische Untersuchung seine Grenzen zu überwinden - undialektisch in sein scheinbares Gegenteil umschlägt: An die Stelle, die vorher das "Gesamtsystem" und die imperialistische Strategie eingenommen haben, treten plötzlich, als das Neue, das Andere, die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft".

"Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft", so KarlHeinz Dellwo im konkret-Interview. Daß die spätkapitalistische Metropolengesellschaft über keinen sozialen Sinn verfügt, war allerdings schon Ausgangspunkt der Apo. Ihre Stärke beruhte auf der Entwicklung eines eigenen "sozialen Sinns", aus dem dann auch der bewaffnete Kampf hervorgegangen ist - der ihn allerdings in der eskalierenden Konfrontation mit der Staatsmacht immer mehr verloren hat. Im Mai-Papier sollte dann das Fehlen des "sozialen Sinns", das Fehlen jeglicher Lebensperspektive im System alleine schon die Möglichkeit der revolutionären Front begründen. Heute ist unübersehbar, daß die Konfrontation mit der Staatsmacht keine ausreichende politische Grundlage sein kann. Aber wenn nicht gemeint ist, daß es unsere neue Aufgabe wäre, der bestehenden Gesellschaft einen Sinn zu stiften, dann ist das Fehlen des "sozialen Gedankens" nichts "anderes", nichts Neues, sondern das, wovon revolutionäre Politik immer schon auszugehen hatte: Die Notwendigkeit, im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse einen sozialen Sinn zu entwickeln, der diese transzendiert.

Tatsächlich etwas völlig Neues ist aber, wenn Karl-Heinz Dellwo jetzt sagt: *"Für mich hat RAF bedeutet, ein bestimmtes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde"* (ebd.).

Denn ein Vernichtungsverhältnis läßt sich nur da aufbrechen, wo der zugrundeliegende Widerspruch nicht mehr antagonistisch ist.

Wer jetzt feststellt: *"Wir müssen unser Ghetto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück"* (Tauber, konkret 8/92), ohne daran die allererste selbstkritische Frage anzuschließen, wie es nämlich zum damit unterstellten Herausfallen aus der Gesellschaft kommen konnte, für den trifft wirklich zu: *"Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der Reformismus lauert"* (Tauber, ebd.).

Frage: Tomas, seit Anfang Mai '92 ist dein Buch "Wir tanzen bis zum Ende" nun erschienen. Bei machen löste die Ankündigung hohe Erwartungen aus, die dann beim Lesen aber enttäuscht wurden.

Tomas: Ich habe mir vorher überlegt, ob es sinnvoll ist, das Buch in der Szene (in Anführungszeichen) - also z.B. in der Interim - anzukündigen und mich entschieden, das nicht zu tun. Das Buch ist eigentlich nicht für die Szene geschrieben. Ich hatte nicht die Idee, eine Aufarbeitung unserer Geschichte zu schreiben, also kein Geronimo-Buch mit Spielfilmhandlung drumherum. Sondern mir ging es darum, Leute zu erreichen, die nicht in der links-radikalen Szene drinstecken; die einen Blick von außen auf "die" Autonomen haben, vieles gut finden, was wir machen, aber vieles auch nicht verstehen. Da ist dann wenig Platz für selbstkritische Aufarbeitung und Reflexion; obwohl ich finde, auch davon steckt mehr in dem Buch als in manchen Diskussionspapier der letzten Monate.

Frage: Wenn dies nun dein Ziel war, frag' ich mich, wen du da als "Zielgruppe" genauer im Kopf hattest, und weiter, ob du glaubst, daß du diese Menschen erreicht hast? Hast du irgendwelche Reaktionen außerhalb der Szene mitbekommen?

Tomas: Meine Zielgruppe waren Leute, die in diesem Buch etwas erzählt finden, was für sie entweder neu ist oder was etwas ausdrückt, das sie auch gerade erleben, ohne es klar fassen zu können. Zuerst dachte ich da nur an jüngere Leute, aber da bin ich mir jetzt nicht mehr so sicher. Ich wollte vor allem ein Gefühl transportieren, allerdings argumentativ untermauert, nämlich das Gefühl, das ich selbst hatte, als sich mein Leben Anfang der 80er veränderte. Meine Ausgangsüberlegung war, daß es auf diese Weise besser möglich sein könnte, verständlich zu machen, was wir wollen und wie wir leben. Ob ich damit erfolgreich war oder bin, kann ich bisher kaum einschätzen. Zuerst mal neigst du dazu, wenn du ein Buch veröffentlichen kannst, dessen Bedeutung zu überschätzen. Das ging mir auch so. Es ist bestimmt kein Buch von weltbewegender Dimension. Entsprechend habe ich auch nicht sehr viele Reaktionen mitgekriegt, weder aus der Szene noch von außerhalb. Es gab einige Rezensionen aus links-liberalen Kreisen, die eher distanziert oder negativ waren (so etwa "jetzt fangen diese Autonomen auch noch an zu argumentieren"), aber ob das was aussagt über die Ausstrahlung des Buches, weiß ich nicht. Ich glaube aber eher, daß ich mein hochgestecktes Ziel - mal kurz gesagt: Agitprop mit Niveau - verfehlt habe. Erstens, weil meine künstlerischen Fähigkeiten dazu noch nicht ausreichen; zweitens weil das Buch nicht gut strukturiert ist. Ich wollte es allen recht machen und zu allem was sagen, und da landest du leicht zwischen den Stühlen.

Frage: Nee, du, das find' ich gar nicht: dein Buch ist gut strukturiert und spannend erzählt, ein guter Krimi. Meine Probleme liegen woanders: nämlich erstens, daß das Buch fast nur auf der gefühlsmässigen Ebene bleibt und nur emotional und kaum politisch argumentiert und zweitens, daß es dadurch ziemlich oberflächlich ist, keinerlei Reflexionen, Aufarbeitung und Verarbeitung des Erlebten enthält. Und daher rührt auch die "Enttäuschung" bei den LeserInnen, die parallel mit dir diese Zeit erlebt haben.

Tomas: Daß es ein spannender Krimi ist, finde ich auch. Nur wollte ich gerne daß es mehr ist, und da bin ich an Grenzen gestoßen. Andererseits finde ich es eine seltsame Idee, die "gefühlsmässige Ebene" als oberflächlich zu betrachten und in einen Gegensatz zu stellen zur dann wohl tiefgründigen rationalen Ebene. Ich sehe das eher andersherum, mal abgesehen davon, daß ich das nicht so mechanisch trennen wollte. Ich würde die Kritik zurückgeben. Ich denke, bei uns gibt es eine Doppelmoral, die auf der einen Seite ein hohes theoretisches Niveau mit viel Abstraktion in der Diskussion und im Alltag einfordert (die Inhalte, wie es so schön heißt), gleichzeitig aber unseren wirklichen politischen Alltag weitgehend über Gefühle kontrolliert. Darum ist es für mich überhaupt nicht oberflächlich, etwas zu unserer (ich schließe da natürlich auch von mir auf andere) emotionalen Ausrichtung zu sagen. Mal davon abgesehen, wie treffend es gesagt wird, da lasse ich mich gerne verbessern.

Es gibt in letzter Zeit eine Tendenz bei vielen Leuten, scharfe Kritik zu üben an der Unzulänglichkeit unserer Motivation und Strategie (soweit es sowas überhaupt gibt). Sie erkennen, daß wir einerseits seit Jahren sehr defensiv, strategie- und perspektivlos dahinpolitisieren und andererseits sehr emotional

motiviert handeln, sehr moralisch sind. Daraus schließen manche offenbar, sie könnten das einfach umdrehen und alles wäre in Butter, Strategie da, Moralismus weg. Das ist, glaube ich, ein völliger Trugschluß und eine Wiederholung alter Fehler. Zuerst einmal: wenn ich meine, etwas läuft falsch, muß ich erst mal rauskriegen, warum es falsch läuft, bevor ich Lösungskonzepte anpreise. Da muß ich differenzieren, muß auch psychologisch rangehen, um die Gründe benennen zu können. Ich glaube nicht, daß wir unser strategisches Dilemma knacken können, ohne vorher uns selbst und unsere Geschichte soweit zu analysieren, daß auch verschiedene Lebenslügen, Doppelmoral-Fallen und Kurzschlüsse bloßgestellt werden - individuell wie auch kollektiv. Dazu wollte ich beitragen, indem ich die starke emotionale und moralische Verwurzelung unseres Widerstand-Ideals betonte. Der Gegenwind, den das hervorrief in der Szene, war wohl zu erwarten. Natürlich, wir alle wissen, wie zentral unsere Politik von Gefühlen oder besser unterbewußten Gedanken gesteuert ist, aber dies gehört nicht in Bücher. Außerdem stelle ich diese Moral als einen positiven Wert dar, denn ich finde wirklich, daß eine starke Moral eine gute Motivation darstellt, besser als so manche hochinhaltliche Analyse. Diese Moral muß allerdings klar benannt sein, sonst wird eine unterbewußte Steuerung draus, ein Moralismus. Solche Feinheiten gehen natürlich unter, wenn die "Inhalte" aufmaschieren ... Ich will mich mal nicht zuviel loben: Ich habe versucht, hier einen Teil beizutragen, aber mehr am Rande, und es kam keine große Analyse dabei rum. Die Kritik, das sei alles zu gefühlsbetont, und jetzt bräuchten wir aber doch Inhalte, sonst sei es oberflächlich, finde ich grundfalsch und eher ein Alarmsignal, das darauf hinweist, daß hier schon wieder in die altbekannten Sackgassen losgaloppiert wird. Der patriarchal geformte - selbst moralistische - Glaube an objektive, wissenschaftlich nachweisbare "richtige" Lösungen, die durch ein mechanistisches Anhäufen von "Inhalten" und Wissen gefunden werden und dann nur noch niedergeschrieben werden müssen ... , ich polemisiere ein wenig, zugegeben.

Die Enttäuschung, von der du sprichst, habe ich in gewisser Weise in dem Buch schon vorweggenommen - wo ich nämlich davon spreche (glaub' auf S.140), daß es unmöglich ist, vollständig zu sprechen. Es fehlt immer etwas, meistens ganz viel.

Übrigens finde ich nicht, daß es keine Reflexion, etc. gibt. Sie ist nur anders formuliert als sonst bei uns üblich. Einige der Kritiken, die ich aus "Szene"-Richtung bekam, beklagten sich, daß Buch sei zu inhaltlich, es werde zuviel überlegt und gelabbert. Stimmt auch. Ich denke, es fehlt vor allem die flüssige Einarbeitung Theoretischer Überlegungen und Reflexionen in die Handlung.

Frage: Eine weitere Frage: meiner Meinung nach gehst du auf die konkreten Personen kaum ein. Unser Alltag als WG's oder Einzelwohnende, unsere Liebesgeschichten und Konflikte, etc. tauchen wenig auf, warum?

Tomas: Was die konkreten Personen angeht, so hat das rein formale Gründe: ich hatte zuwenig schriftstellerische Erfahrung um weitere Charaktere plastisch zu entwickeln, da habe ich es lieber gelassen. Sicher hat es auch damit zu tun, daß ich keinen richtigen Roman geschrieben habe, sondern mehr einen persönlichen Monolog. Es ist für mich ein versuch gewesen, und ein Anfang. Ich habe mich während des Schreibens verabschiedet von der schon erwähnten Idee, alles auf einmal sagen zu müssen. Es gab sehr viel, daß reingehört hätte. Das Buch hätte auch

in 10 Jahren fertig sein können, mit 1000 Seiten, und dann hätte trotzdem ganz viel gefehlt, denn dann wären nochmal ganz andere Maßstäbe angelegt worden. Ich fand es richtig, einen Anfang zu setzen, und sei es nur mit der Aussage "was wir machen ist gut und richtig", mal ganz grob. Ich denke, daß es z.B. eine differenzierte Kritik an dem Buch aus feministischer Sicht gar nicht erst geben wird, weil zum Thema Patriarchat nahezu nichts drin ist und so gesehen daß Buch gleich abgehakt werden kann - obwohl ich eigentlich die Geschlechterfrage als die entscheidende Frage ansehe, ob nun "inhaltlich", also theoretisch-politisch, oder "emotional", also individuell - wir Männer trennen das ja gerne. Das als Beispiel für ein wirklich eklatantes Fehlen in dem Buch.

Genauso fehlt die von dir erwähnte und mit der Geschlechterfrage ja auch eng verbundene Seite des persönlichen und kollektiven Alltags. Es fehlen diverse politische Analysen. Es fehlt die Vergangenheit der Linken. Es fehlt die Aufarbeitung der linksradikalen Mythen und Verdrängungen. Und so weiter. Mir fällt das auch auf, wenn ich das Buch wieder lese. Mir fällt es auch deswegen auf, weil mein Ziel-

punkt zwar nicht unsere Szene war, aber es mir natürlich wichtig ist, was diese Szene zu dem Buch sagt, denn ich wollte ja nicht nur für mich sprechen bzw. schreiben. Ich denke, es ist wirklich wichtig, von der Erwartungshaltung wegzukommen, hier liege ein wichtiges Analyse-Werk vor. Das war nicht meine Absicht. Wenn die nicht rüberkam, muß ich versuchen rauszukriegen, warum nicht - lag es an der Verlagswerbung, die ich zwar nicht gerade doll, aber auch nicht so schlimm fand? Lag es an der einen Besprechung in der Interim? Oder an meinem Stil? Oder daran, daß eigentlich alle auf dieses Analyse-Werk warten ... ?

Frage: Deinem letzten Satz würde ich voll zustimmen; diese Erwartung hängt zur Zeit in der Luft, nur es ist niemand da, der oder die sie einlösen kann. Es gibt wenig Literatur über unsere Szene. Über die 70er gibt es "Die Glücklichen" von P.P.Zahl, über die Zeit nach 80 eigentlich nur M. Wildenhain; in Italien gibt es Balestrini mit "Die Unsichtbaren" und "Der Verleger". Fällt dir dazu etwas ein; überhaupt zum Komplex literarische Aufarbeitung von sozialen und politischen Kämpfen und Bewegungen.

Tomas: Politische Literatur ist, glaube ich, ein schwieriges Feld. Weil diejenigen, die schreiben, ständig zweifeln an dem, was sie da gerade tun, während die, die lesen, das Gegenteil erwarten, nämlich klare Worte. Das ist nur ein Problem, es gibt noch mehr. Zum Beispiel entfernst du dich beim Schreiben nicht zu sehr von der Sache selbst? Oder, die andere Seite: Wie schaffst du es, gleichzeitig politisch zu arbeiten und annehmbar zu schreiben? Ich denke, daß wird meistens früher oder später mit "entweder-oder" gelöst; d.h. was wir an politischer Literatur lesen stammt von Leuten, die sich für das Schreiben auf Kosten der intensiven politischen Arbeit entschieden haben - mal vorausgesetzt, daß Schreiben an sich als Politik bei uns nur auf der Ebene Broschüren/Zeitungen anerkannt wird. Die anderen, die sich gegen das Schreiben entschieden haben, arbeiten eben weiter und werden nicht berühmt. Ich finde Bücher zur Reflexion und Aufarbeitung der eigenen Geschichte sehr wichtig; ob sie heutzutage noch eine wichtige Funktion nach außen hin haben ist eine andere Frage.

In den letzten 20 Jahren hat die radikale Linke sich in Sachen politischer Literatur in zwei Sackgassen manövriert. Zum einen gibt es zahlreiche intellektuelle Linke, meistens Männer, die sehr viel mitzuteilen haben und das auch ständig tun in den verschiedensten Postillen von Konkret bis Interim. Zum anderen gibt es, z.T. genau deshalb, eine verbreitete Abneigung gegen Intellektualismus, Medien und alles, was mit Kommunikation zu tun hat, und zwar besonders stark in unserer Szene. Es ist für aktuelle politische Literatur nur sehr schwer möglich, aus dieser Zwickmühle rauszukommen. Teilweise schafft es Christian Geissler. Wahrscheinlich, weil er über den Generationsunterschied die Distanz herstellt, die nötig ist, damit aktuelle politische Literatur akzeptiert wird von denen, über die geschrieben wird. Oder weil er über Leute schreibt, die ganz weit weg sind für die meisten von uns. Es ist offenbar wichtig, Distanz herzustellen. Politische Wahrheiten über uns und die Gegenwart lassen wir uns gerne sagen in Form von Büchern über Lateinamerika, Italien oder Deutschland 1933. Was uns heute fehlt, sind mehr Menschen, die trotz einer gewissen Distanz - die du beim Reflektieren brauchst - eine solidarische politische Literatur der Gegenwart machen; d.h. eine Literatur, bei der die Lesenden nicht befürchten müssen, daß die Schreibenden "nach Diktat verweist" sind, also sich von ihrem Thema weggeschrieben haben oder von Anfang an nur ein Thema neben 1000 anderen drin gesehen haben. Die aber auch nicht meinen, ständig den Stein der Weisen dem gemeinen Volk präsentieren zu müssen.

Und was wir brauchen: ein Klima in unseren eigenen Reihen, daß es möglich macht, mit dem Bereich Medien/Kommunikation gelassener umzugehen. Das heißt ja noch lange nicht, alles gut zu finden und mitzumachen. Aber wir müssen uns selbst mehr Chancen geben, unsere Kultur -gegen die herrschende - zu entwickeln.

Frage: Nun zu der äußeren Aufmachung des Buches: ich finde die sehr reiserisch. Bist du zufrieden damit?

Tomas: Zufrieden bin ich nicht, aber auch nicht so entsetzt wie viele aus unserer Szene. Das ursprünglich vom Verlag geplante Titelphoto war um einiges schlimmer. Na gut, wenn interessiert es ... ! Die Kritik an dem Titelphoto ist ja, daß es bestimmte gesellschaftliche Klischees reproduziert (Autonome = Krawall). Leider ist es tatsächlich so, daß wir sehr vielen Menschen politisch nichts anderes vermitteln. Daran sind sicher nicht nur wir selbst schuld. Aber auf jeden Fall ist

das Klischee nicht nur ein Gespinnst der Medien, sondern wirklich in den Köpfen drin. Nun soll die Titelseite eines Buches vor allem dafür sorgen, daß die Betrachtenden etwas assoziieren, was sie für das Buch interessiert. Die Reihenfolge ist also nicht "Ach, Autonome, da geht's nur um Krawall" sondern "Ach, Krawall, da geht's also um Autonome". Mein Einfluß bei der Titelgestaltung war begrenzt. Ich hätte vielleicht ein besseres Titelphoto durchsetzen können - ich habe aber keins gefunden. Ich fand die Aufmachung auch zu reiserisch, aber andererseits ist mir, wenn ich selbst ein Buch lese, die Aufmachung ziemlich egal, also hab' ich mir deswegen keinen weiteren Streß gemacht.

Frage: Warum überläßt du dem Verlag die Vermarktung? Könntest du nicht auf ein Vetorecht bestehen? Und überhaupt: warum hast du das Buch in diesem Verlag veröffentlicht und nicht bei einem linksradikalem Verlag? Zahlt Galgenberg einfach mehr? Den Preis find' ich auch ganz schön happig. Verkauft sich das Buch eigentlich?

Tomas: Du schließt mit dem Verlag einen "Autoren Vertrag" (die Gewerkschaft kennt da noch keine Autorinnen), und der gibt dem Verlag ziemlich weitreichende Vermarktungsrechte. Dem kannst du nur entgehen, wenn du entweder berühmt bist, und daher etwas fordern kannst oder wenn du zu einem Verlag gehst, bei dem du persönlich etwas durchsetzen kannst, z.B. weil es GenossInnen sind. Galgenberg war für mich ein Kompromiß, den ich bisher ganz gelungen finde. Es ist ein kleiner Verlag, politisch zwar nicht linksradikal, aber doch weit links stehend. Es war dort z.B. kein Problem abzusprechen, daß nix mit Presse, etc. läuft, ohne daß ich zustimme. Ein "normaler" Verlag hätte mich vermutlich zum Pressesprecher der Autonomen ernannt. Andererseits hatte ich ein Zielpublikum außerhalb der Szene vor Augen, und da schien es mir notwendig, einen Verlag zu kriegen, der das Buch auch außerhalb der Szenebuchläden einigermaßen unterbringt. Billiger geht eine Erstauflage kaum zu machen. Ich war mir einig mit dem Verlag, daß das Buch so billig wie möglich verkauft werden soll, weil ich keinen 50.-DM-Schinken für das Bücherregal von Altlinken machen wollte. Ob ich bei einem Verlag "von uns" weniger kassiert hätte, weiß ich nicht, ist mir auch egal. Darum ging es mir nicht. Reich werde ich auf jeden Fall in beiden Fällen nicht. Verkaufszahlen kenne ich allerdings noch keine.

Frage: Und was soll das mit dem Interview mit dem "Wiener"? Gehen da nicht schon die ersten schriftstellerischen Eitelkeiten mit dir durch?

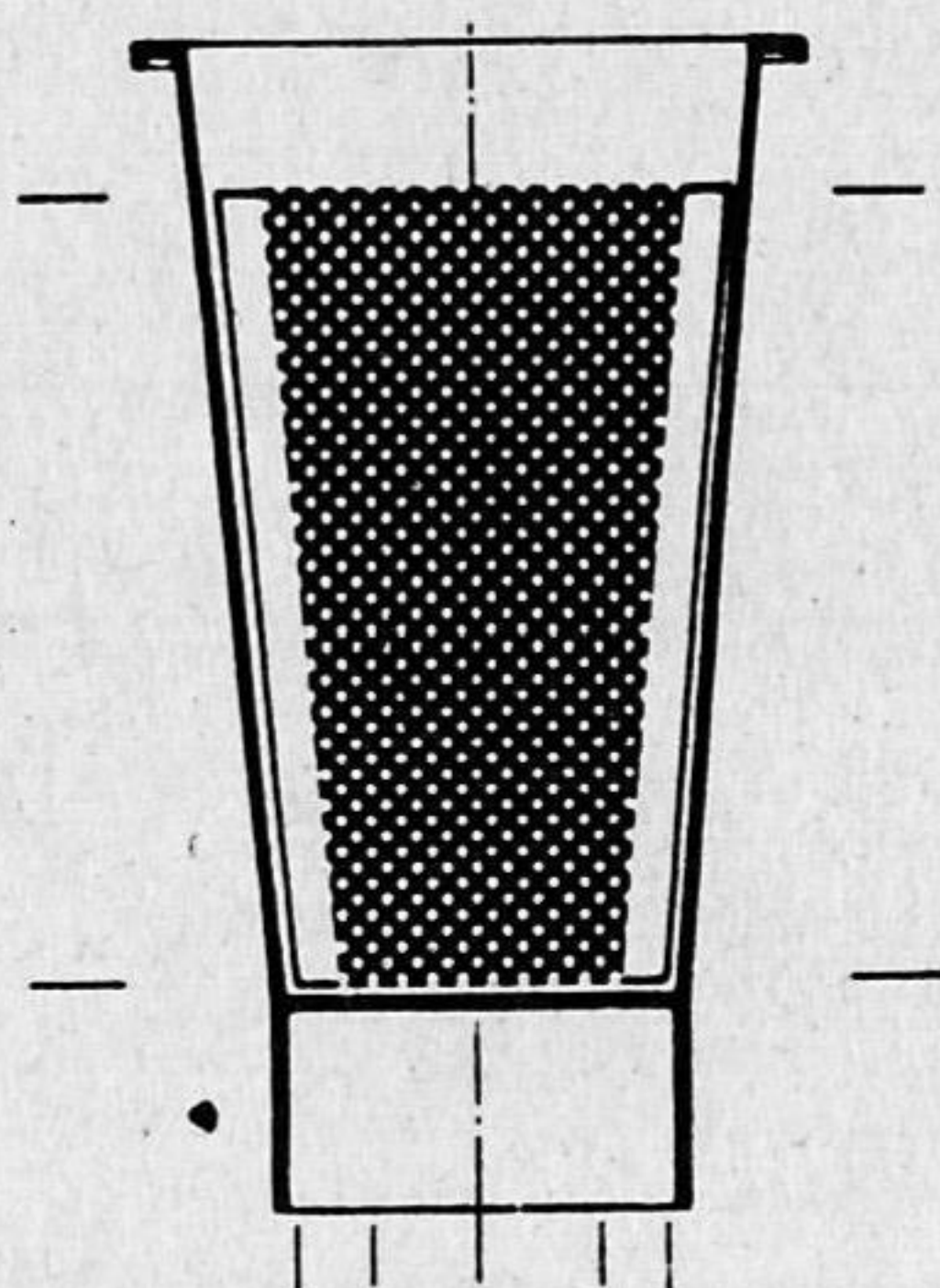
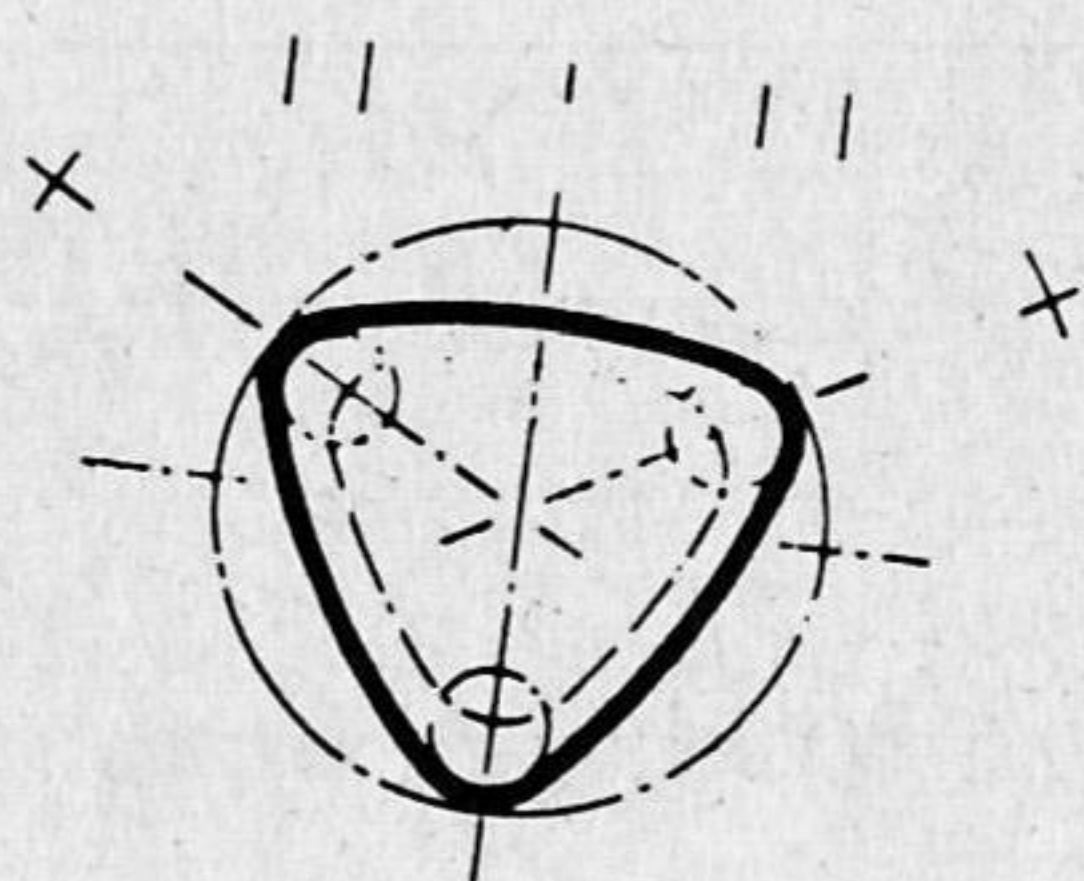
Tomas: Du liest den "Wiener"? Ernsthaft: es gab etliche Interview-Anfragen, bis hin zu B.Z. und N 3. Der Verlag war sauer, weil ich immer "nein" gesagt habe.

Der "Wiener" hatte als erstes gefragt und ich habe das Interview telefonisch gemacht, weil ich der Meinung war und bin, daß der Wiener von dem schon öfters erwähnten Zielpublikum außerhalb der Szene viel gelesen wird. Es ging also nur um Werbung. Ich hatte einen Verriß erwartet und auch gedacht, der Artikel sei einer, aber der Rest der Zeitschrift brachte mich zu der Meinung, daß der Artikel gut gemeint und furchtbar schlecht war; und daß die absprachewidrigen Kürzungen aus Dummheit passiert sind. Inhaltlich fand' ich das Interview in Ordnung. Daß ich danach keines mehr gemacht habe, lag mehr daran, daß ich von den beknackten Yuppie-Reportern genervt bin ("ich war auch mal links, Kumpel") und mir der Streß zuviel war, v.a. mit der Wahrung der Anonymität. Ich finde es grundsätzlich okay, Interviews zu geben, und werde das auch wieder tun. Ich fände es toll, wenn mehr Leute von uns sich öffentlich äußern würden, anstatt intern über die bösen Medien zu meckern und es den Szene-Polit-Profis zu überlassen, Öffentlichkeitspolitik zu machen. Wenn dies bei uns als eitel gilt, finde ich Eitelkeit in Ordnung, ob mit oder ohne "Schriftstellerei".

Frage: Eine letzte Frage: was hast du weiter vor?

Tomas: Mein nächstes Buch wird heißen: "In fünf Schritten zur Weltrevolution".

Berlin, im August 1992



110 ccm = 85 Pfennig

Widerstand den faschistischen Aktionen

"Widerstand den faschistischen Aktionen"

Unter diesem Titel finden 5 Veranstaltungen vom 9. bis 11.10.92 statt. Aus den anarchistischen Kreisen wird versucht eine Handlungsstrategie für den kurzfristigen Widerstand und die mittelfristige Bekämpfung des faschistischen Bodensatzes in der BRD zu entwickeln und konkret umzusetzen.

Alle 5 Veranstaltungen stehen in einem inhaltlichen Zusammenhang, es wird jedoch versucht werden, den jeweiligen Stand aus den vorhergegangenen Veranstaltungen aufzuarbeiten und entsprechend zu vermitteln.

Mit dieser Veranstaltung wenden wir uns in erster Linie an Menschen die auch sofort und konkret den Widerstand gegen eine weitere Faschisierung in diesem unserem Lande anpacken wollen.

"der ewige faschistische Bodensatz der Bevölkerung"

Info- und Diskussionsveranstaltung mit Dias und Film- und Videoausschnitten

Der deutsche Kleinbürger hat seine Bewunderung für den Faschismus nie abgelegt. Nach wie vor gelten die "Untugenden" des Faschismus, wie Ruhe, Ordnung, deutsch. Auch die Linke hat es nie geschafft ein Antinationales zu entwickeln. Gerade die Linke pflegt das Euro- und Deutschegeozentrische bis zum Erbrechen.

In der Veranstaltung wird aus anarchistischer Sicht dargestellt, das es nicht um Rassismus geht, sondern das es darum geht alles Fremde, alles Andere von sich zu weisen, zu bekämpfen und zu vernichten. 1968 wurden die "Gamlernbewegung" von der Bevölkerung und den Linken verfolgt, in den 70er und Anfang der 80er Jahre die kämpfenden Instandbesetzer, die Punks. Heute werden wieder zuerst einmal die Ausländischen Menschen oder besser fremdländischen Menschen verfolgt und ermordet.

Die Kontinuität des deutschen Volk bleibt gewährleistet.

Freitag 09.10. um 21.00 Uhr



"Mord in Eberswalde und anderswo..."

Info- und Diskussionsveranstaltung mit Dias und Film- und Videoausschnitten

Die faschistischen Wehrsport und Sturmtruppen greifen an. Nicht nur Einschüchterung und Vertreibung ist ihr Ziel, sondern auch Ausrottung - Mord. Im Gegensatz zu den bürgerlichen und auch linken Erklärungsversuchen, sind dies nicht irgendwelche gewalttätigen Kinder und Jugendliche, sondern es ist eine gezielte aufgebaute Stoßtruppszene. Diese Szene arbeitet den rechtskonservativen und faschistischen Parteien und Organisationen zu. Bei dieser Veranstaltung interessiert die Frage in welcher faschistischen Konzeption dies geschieht und welche Rolle vor allem die Kleinbürger der BRD darin spielen.

In der Veranstaltung werden anarchistische Analysen diskutiert und überlegt wie ein Widerstand entwickelt werden kann und wo er ansetzt.

Samstag 10.10. um 18.00 Uhr



Zur Ökonomie des Rassismus

Info- und Diskussionsveranstaltung auf der Grundlage des Artikels "Der blinde Fleck im Anti-Rassismus" von Res Strehle, erschienen in der WOZ am 14.08.1992

Aufklärungskampagnen und kollektive Selbstkritik reichen, so wichtig sie auch sind, zur Bekämpfung des Rassismus nicht aus. Ein Großteil des Rassismus steckt im Unbewußten. Vor allem aber gibt es in Teilen der Gesellschaft materielle Interessen an ethnisch begründeten Ab- und Eingrenzungen. Anti-Rassismus müßte damit auch die materiellen Interessen an Rassismus beleuchten.

Samstag 10.10. um 21.00 Uhr

Frauen und Rechtsextremismus

Info- und Diskussionsveranstaltung

Frauen in der 2. Reihe, beifallklatschend bei Angriffen und Überfällen auf AusländerInnen und AsylantInnen; Ob in den Medien, Antifa-Gruppen oder Frauenbereichen, finden wir so gut wie keine Information und Analysen über aktive Mitgliederinnen in rechtsradikalen Gruppierungen einerseits und den großen Frauenanteil der Wählerinnen und Anhängerinnen andererseits. Welche gesellschaftliche Tendenzen tragen dazu bei, daß Frauen vermehrt sich konservativen bis hin zu rechts-extremen und faschistischen Kreisen anschließen, bzw. sich mit deren Frauenbilder und Frauenrolle identifizieren?

Sonntag 11.10. um 17.00 Uhr



Kühnens "Mädelsbund", der neuerdings auch als "Frauenfront" auftritt: Bis zur Kleidung hin wird an das "Dritte Reich" angeknüpft.

Neofaschismus... in der Bundesrepublik Deutschland

"Ausstellung" vom VVN/ Bund der Antifaschisten 1985

dargestellt wird unter Anderem:

- Neofaschismus ... im Alltag der BRD
- ... die Gefahr wächst
- ... ist Rassismus in neuer Form
- ... ist ein Wust verlogener Ideale
- ... Mutterkult u. Frauenverachtung
- ... ist Verherrlichung des Krieges
- ... seine Drahtzieher
- ... das braune Netz
- ... seine Meinungsmacher
- ... der Nährboden und seine Wegbereiter
- ... verhindern: gemeinsam in Aktion

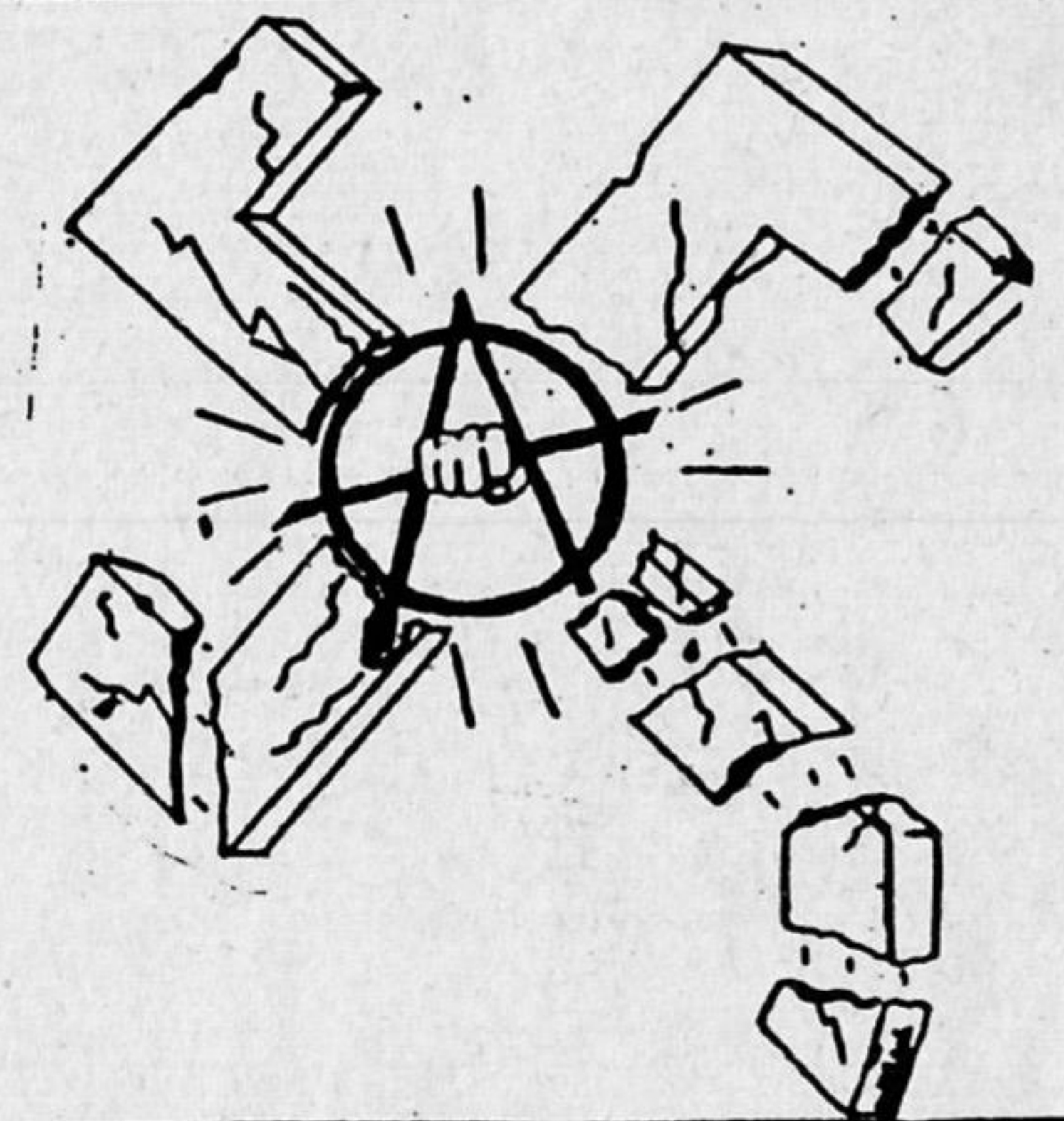
vom 09.10. bis 31.10.1992

"Gegen Faschismus" den

Info- und Medientisch

Begleitend zu der Veranstaltungsreihe "Widerstand den faschistischen Aktionen" werden ausgewählte Medien zum Kauf angeboten. Broschüren, Bücher, Videos, Audiocassetten und ähnliches kann hier eingesehen werden und erworben werden.

Freitag 09.10.	16.00 bis 23.00 Uhr
Samstag 10.10.	16.00 bis 23.00 Uhr
Sonntag 11.10.	16.00 bis 23.00 Uhr



"Widerstand den faschistischen Aktionen"

Diskussionsveranstaltung mit Kurzreferaten

"wer wirklich empört, also betroffen und mobilisiert ist, schreit nicht, sondern überlegt sich, was man machen kann"

ulrike meinhoff

In dieser Diskussionsrunde wollen wir gemeinsam die Ergebnisse der 4 anderen Veranstaltungen zu diesem Thema zusammenfassen und diskutieren.

Wir wollen aus anarchistischer Sicht Handlungsperspektiven erörtern die sowohl kurzfristige Aktionen, Schutz usw. beinhalten, wie auch mittelfristig überlegen wie gegen den vorhandenen faschistischen Bodensatz vorgegangen werden kann.

Wenn es möglich ist soll aus dieser Runde ein mittelfristig angelegter Widerstand entstehen.

Sonntag 11.10. um 19.00 Uhr

Termin zu Termin von Termin zu Termin von Termin zu Termin von Termin zu Termin

Sonnabend 10.10. Prozeßkosten -Solikonzert im Schuppen, Marchstr.23 21Uhr
Sonntag 11.10. Spiel und Spaß an der Oberbaumbrücke (Volleyball) 15Uhr
Montag 12.10. Schweigemarsch gegen 500 Jahre Völkermord und Ausbeutung
18Uhr S-Bahnhof Friedrichstr./Grünanlage
Mittwoch 14.10. Frauenabend im SoS, Film: "Helden für Deutschland", Kollwitzst
64,SF Prenzelberg, Uhrzeit nicht bekannt
Montag 19.10. Projektfrauen-VV im Mehringhof, Blauer Salon um 19 Uhr
Koordination von Aktionen zur Aktionswoche "25.Nov.92"

Di, 13.10. Film:Die lange Hoffnung (1983, 87 min)

Augustin Souchy und Clara Thalmann erinnern sich auf einer Reise durch Spanien an ihren Kampf gegen den Faschismus und die Hoffnung auf eine soziale Revolution.

Ort: CLASH, Uferstr.13, 1/65

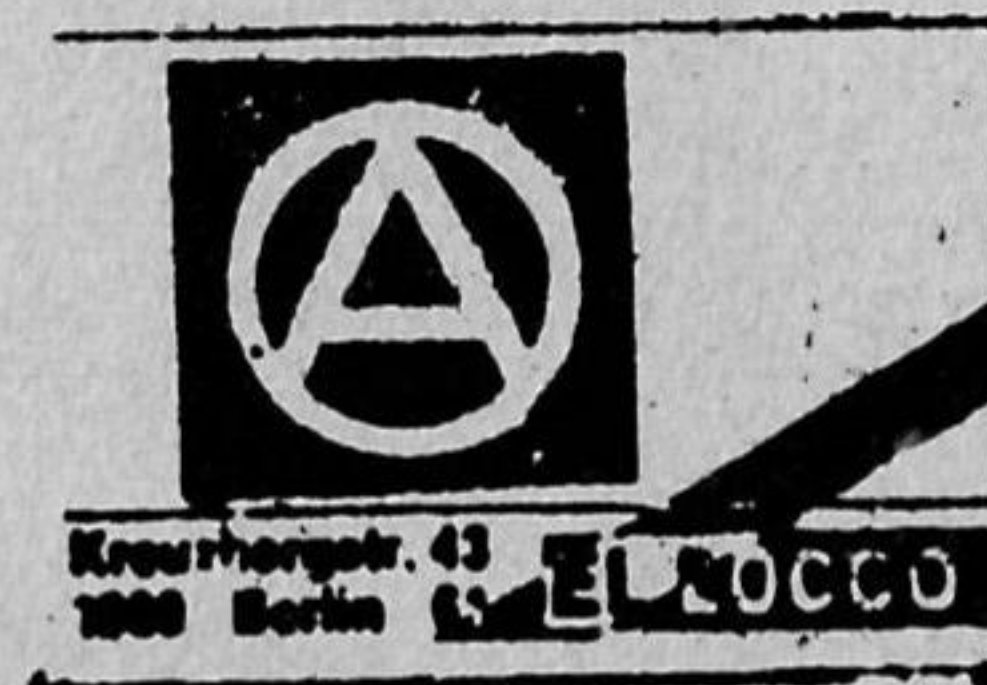
UBhf. Pankstraße oder Nauener Platz

Zeit: NUR 23.00 Uhr

Oktober 1992 gratis oder gegen Spende

**GIB DER
ANGST
KEINE
CHANCE**

Texte aus dem "Projekt Kritische
AIDS-Diskussion"



100 ccm = 100 Pfennig

Do. 08.10. Video ♀	Küchengespräche mit.	20.00 Uhr ♀
Fr. 09.10. Info	El Salvador	18.00 Uhr
Fr. 09.10. Info	der ewige faschisti.	21.00 Uhr
Sa. 10.10. Info	Mord in Eberswalde.	18.00 Uhr
Sa. 10.10. Info	Zur Ökonomie des R.	21.00 Uhr
So. 11.10. Treff	Antifa - Frühstück.	11.00 Uhr
So. 11.10. Info	Frauen und Rechts..	17.00 Uhr
So. 11.10. Disk.	Widerstand den fasch	19.00 Uhr
Di. 13.10. Disk.	A - Diskussionsr...	20.00 Uhr
Do. 15.10. Video ♀	Man mußte doch was.	20.00 Uhr ♀

gegen Portokosten zu bestellen bei:

projekt Kritische AIDS-Diskussion
c/o LAZ, Crellestr. 22,
W - 1000 Berlin 62
Tel. Mi 14-21 Uhr 030/781 40 18

Am Samstag, den 26.9.92 wurde im "Heute Journal"(ZDF) ein Interview mit Christian Worch und Arnulf Priem gesendet. Aufgenommen bei einer Wehrsportübung im Umland von Berlin.

In diesem Interview hetzten sie über den Mehringhof ab.

Gesucht wird eine/r, die/der dies auf Video aufgenommen hat.

Die Casette bitte im EX oder Mehringhofbüro abgeben. Vielen Dank!

Sonntags ...



AM BAUZAUN!



Sonntags ab 15⁰⁰ Uhr
VOLLEYBALL

Spielfeld,
Netz und
Ball sind
vorhanden.

OBERBAUMBRÜCKE



BLEIBT STADTRINGLÜCKE!